



Projektbericht

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

**Zur Einkommenssituation  
der privaten Haushalte  
in Deutschland**

Endbericht

Projekt im Auftrag von AWD, Hannover

# Impressum

## Vorstand des RWI:

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D. (Präsident),  
Prof. Dr. Thomas K. Bauer  
Prof. Dr. Wim Kösters

## Verwaltungsrat:

Dr. Eberhard Heinke (Vorsitzender);  
Dr. Henning Osthues-Albrecht, Dr. Rolf Pohlig, Reinhold Schulte (stellv. Vorsitzende);  
Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling, Manfred Breuer, Oliver Burkhard, Dr. Hans Georg Fabritius,  
Dr. Thomas Köster, Dr. Wilhelm Koll, Prof. Dr. Walter Krämer, Dr. Thomas A. Lange,  
Tillmann Neinhaus, Hermann Rappen, Dr.-Ing. Sandra Scheermesser

## Forschungsbeirat:

Prof. Michael C. Burda, Ph.D., Prof. David Card, Ph.D., Prof. Dr. Clemens Fuest,  
Prof. Dr. Justus Haucap, Prof. Dr. Walter Krämer, Prof. Dr. Michael Lechner,  
Prof. Dr. Till Requate, Prof. Nina Smith, Ph.D.

## Ehrenmitglieder:

Heinrich Frommknecht, Prof. Dr. Paul Klemmer †, Dr. Dietmar Kuhnt

## RWI Projektberichte

Herausgeber:  
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung  
Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen  
Tel. 0201/81 49-0, Fax 0201/81 49-200, e-mail: rwi@rwi-essen.de  
Alle Rechte vorbehalten. Essen 2008  
Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.

**Zur Einkommenssituation der privaten Haushalte in Deutschland**

Endbericht – April 2009

Projekt im Auftrag von AWD, Hannover

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

## **Zur Einkommenssituation der privaten Haushalte in Deutschland**

Endbericht – April 2009

Projekt im Auftrag von AWD, Hannover

Projektteam: Dr. Rainer Kambeck (Projektleiter),  
Dr. Tanja Kasten, Dr. Lars-H.R. Siemers

Das Projektteam dankt Florian Klohn, Lionita Krepstakies und Daniela Schwindt für die Unterstützung bei der Durchführung des Projekts.



**Inhaltsverzeichnis**

Verzeichnis der Schaubilder ..... 4

Verzeichnis der Tabellen ..... 4

Abkürzungsverzeichnis ..... 5

1 Aufgabenstellungen und Zielsetzungen ..... 6

2 Datenbasis: EVS 2003 ..... 7

3 Studiendesign ..... 8

3.1 Kalkulation des Netto-Netto-Einkommens ..... 9

3.2 Differenzierungsmöglichkeiten ..... 11

4 Einkommenssituation privater Haushalte in Deutschland ..... 12

4.1 Ergebnisse nach Bundesländern ..... 14

4.1.1 Durchschnittseinkommen ..... 14

4.1.2 Haushaltstypen ..... 17

4.1.3 Soziale Stellung ..... 18

4.1.4 Einkommensklassen ..... 19

4.2 Ergebnisse nach Haushaltstypen ..... 20

4.2.1 Durchschnittseinkommen ..... 20

4.2.2 Soziale Stellung ..... 21

4.2.3 Einkommensklassen ..... 22

4.3 Ergebnisse nach Sozialer Stellung ..... 23

4.3.1 Durchschnittseinkommen ..... 23

4.3.2 Einkommensklassen ..... 24

4.4 Ergebnisse nach Einkommensklassen ..... 25

4.4.1 Durchschnittseinkommen ..... 25

4.5 Differenzierung nach Wohnverhältnissen ..... 26

5 Ausgabensituation privater Haushalte in Deutschland ..... 28

5.1 Mobilität ..... 28

5.2 Kinderbetreuung ..... 32

5.3 Versicherungen ..... 35

5.4 Pauschalreisen und Übernachtungen ..... 36

5.5 Verschuldung ..... 37

6 Zusammenfassung ..... 39

Literatur ..... 42

Anhang ..... 43

### Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild 1	Aufbau der Studie .....	7
Schaubild 2	Kalkulationsschema für das Netto-Netto-Einkommen (Szenario 2) .....	11
Schaubild 3	Übersicht über die wichtigsten Differenzierungsmerkmale .....	12
Schaubild 4	Einkommenssituation privater Haushalte in Deutschland .....	13
Schaubild 5	Einkommenssituation privater Haushalte in Deutschland .....	14
Schaubild 6	Einkommenssituation nach Bundesländern .....	15
Schaubild 7	Einkommenssituation nach Haushaltstypen .....	20
Schaubild 8	Einkommenssituation nach Sozialer Stellung .....	23
Schaubild 9	Einkommenssituation nach Einkommensklassen .....	25
Schaubild 10	Einkommenssituation nach Wohnsituation und Haushaltstyp (1) .....	27
Schaubild 11	Einkommenssituation nach Wohnsituation und Haushaltstyp (2) .....	27
Schaubild 12	Verkehrsausgaben nach Bundesländern .....	29
Schaubild 13	Verkehrsausgaben nach Haushaltstyp .....	30
Schaubild 14	Verkehrsausgaben nach Sozialer Stellung .....	31
Schaubild 15	Verkehrsausgaben nach Einkommensklassen .....	32
Schaubild 16	Kinderbetreuungsausgaben nach Bundesländern .....	33
Schaubild 17	Kinderbetreuungsausgaben nach Haushaltstyp .....	33
Schaubild 18	Kinderbetreuungsausgaben nach Sozialer Stellung .....	34
Schaubild 19	Kinderbetreuungsausgaben nach Einkommensklassen .....	35
Schaubild 20	Verschuldung nach Bundesländern .....	38
Schaubild 21	Verschuldung nach Haushaltstyp .....	38
Schaubild 22	Verschuldung nach Sozialer Stellung .....	39
Schaubild 23	Verschuldung nach Einkommensklassen .....	40

### Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1	Position in der Einkommenshierarchie .....	16
Tabelle 2	Position in der Einkommenshierarchie von Paaren ohne Kinder .....	17

### **Abkürzungsverzeichnis**

NE	Nettoeinkommen
NNE	Netto-Netto-Einkommen
BB	Brandenburg
BE	Berlin
BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
HB	Bremen
HE	Hessen
HH	Hamburg
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NI	Niedersachsen
NW	Nordrhein-Westfalen
RP	Rheinland-Pfalz
SH	Schleswig-Holstein
SL	Saarland
SN	Sachsen
ST	Sachsen-Anhalt
TH	Thüringen

## 1 Aufgabenstellungen und Zielsetzungen

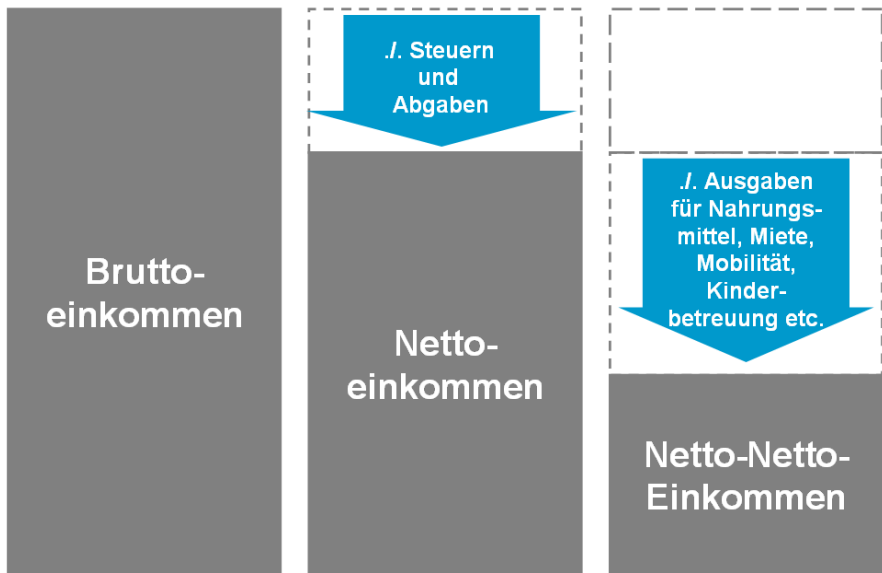
Die zentrale Frage, die es im Rahmen der vorliegenden Studie zu beantworten gilt, lautet: Wie hoch ist das Einkommen, das privaten Haushalten in Deutschland nach Abzug von Steuern, von Beitragszahlungen in die Sozialversicherungen und von „lebensnotwendigen“ Ausgaben zur „freien“ Verfügung steht? Ein so definiertes *tatsächlich* verfügbares Einkommen findet sich in keiner amtlichen Statistik, es muss vielmehr unter der Setzung von Annahmen und unter Nutzung von Datenquellen kalkuliert werden. Das in dieser Studie entwickelte tatsächlich verfügbare Einkommen wird als Netto-Netto-Einkommen bezeichnet, wobei der erste Nettobegriff noch relativ vertraut ist, der zweite dann aber einer ausführlichen Erläuterung bedarf. Zielsetzung ist, das Netto-Netto-Einkommen so zu definieren, dass es einen guten Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit auch für die Konsummöglichkeiten privater Haushalte in Deutschland darstellt.

In einem ersten Schritt der Analyse wird beschrieben, wie hoch das durchschnittliche Bruttoeinkommen der privaten Haushalte in Deutschland ist; dabei werden sämtliche Einkünfte aus unterschiedlichen Quellen berücksichtigt. Vom so definierten Bruttoeinkommen werden Steuerzahlungen und Beitragszahlungen in die sozialen Sicherungssysteme abgezogen und damit das Nettoeinkommen bestimmt. Von diesem Nettoeinkommen ausgehend wird dann das durchschnittliche Netto-Netto-Einkommen der Haushalte berechnet, indem bestimmte „lebensnotwendige“ Ausgaben – wie Aufwendungen für Miete, Energie, Mobilität und Kinderbetreuung – vom Nettoeinkommen abgezogen werden (vgl. Schaubild 1). Die so ermittelte Netto-Netto-Position ist das Einkommen, das den Haushalten faktisch zur freien, disponiblen Verfügung steht, wenn zuvor lediglich bestimmte *existenziell* notwendige Konsumausgaben berücksichtigt werden.

Ziel der Studie ist eine differenzierte Untersuchung der Einkommenssituation privater Haushalte in Deutschland, die insbesondere zeigen soll, wie viel Einkommen unterschiedlichen Haushalten verbleibt, wenn neben den Steuern und Sozialabgaben auch die lebensnotwendigen Ausgaben berücksichtigt werden. Mit der in dieser Studie definierten Zielgröße Netto-Netto-Einkommen sollen die unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten der privaten Haushalte in Deutschland besser beschrieben werden als dies allein mit Bezug auf Brutto- und Nettoeinkommen möglich ist.



Schaubild 1  
**Aufbau der Studie**



## 2 Datenbasis: EVS 2003

Grundlage der Untersuchung bilden die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).<sup>1</sup> Bei der EVS handelt es sich um eine sogenannte Quotenstichprobe, die vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern durchgeführt wird. An der Befragung nehmen ca. 60 000 Haushalte teil, das sind rund 0,2% der insgesamt 38,7 Mill. privaten Haushalte in Deutschland. Damit ist die EVS die größte Stichprobe dieser Art in Deutschland. Der Datensatz eignet sich wegen der differenzierten Befragung der Haushalte zu ihren Einkünften und ihren Ausgaben besonders gut, die Einkommenssituation, den Lebensstandard und das Konsumverhalten der privaten Haushalte abzubilden.

Die Befragung setzt sich aus drei Erhebungsteilen zusammen – dem Einführungsinterview, dem Haushaltsbuch und dem Feinaufzeichnungsheft –

<sup>1</sup> Für eine Beschreibung der EVS vgl. zum Beispiel Stuckmeier (2004) oder auch Kühnen (2001).

und erstreckt sich insgesamt über ein Jahr. Das Einführungsinterview ist eine Stichtagsabfrage, die jeweils zu Beginn des Jahres durchgeführt wird und bei der die demografischen und sozioökonomischen Grunddaten der Haushalte und aller im Haushalt lebenden Personen ermittelt werden. In einer Anlage zum Einführungsinterview werden darüber hinaus Informationen über die Vermögenssituation und über die Ausstattung der Haushalte mit Gebrauchsgütern erhoben. Etwa ein Viertel der teilnehmenden Haushalte dokumentieren in einem Haushaltsbuch über einen Zeitraum von drei Monaten ihre Einnahmen und Ausgaben. Den Abschluss der Erhebung bildet ein Feinaufzeichnungsheft, in dem jeder fünfte an der EVS beteiligte Haushalt einen Monat lang im Detail alle Ausgaben und Konsummengen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren auflistet.

Die Repräsentativität der Erhebungsergebnisse wird durch die per Quotenplan festgelegte Berücksichtigung aller sozialen Gruppen und durch die Hochrechnung der ermittelten Informationen auf Basis des jeweils aktuellen Mikrozensus sichergestellt. Lediglich in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften lebende Personen sowie Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen ab 18 000 € werden im Rahmen der Befragung nicht erfasst.

Die EVS wird alle fünf Jahre durchgeführt; zuletzt wurden die Haushalte im Jahr 2008 befragt. Da die Angaben der jüngsten Erhebung jedoch erst Anfang 2010 vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht werden, werden im Rahmen der vorliegenden Studie die Daten der EVS 2003 verwendet. Um die aktuelle Einkommenssituation der Haushalte abbilden zu können, werden Informationen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) zur Fortschreibung der Werte bis zum Jahr 2009 genutzt.<sup>2</sup> Die Haushaltsbrutto- und -nettoeinkommen der EVS wurden jeweils mithilfe der jährlichen Wachstumsraten der Brutto- bzw. Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer fortgeschrieben, die Ausgaben für „Energie und Wohnen“ mit der Wachstumsrate der Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte. Die Ausgaben für Kinderbetreuung wurden mit den VGR-Daten „übrige Verwendungszwecke“ fortgeschrieben und für die Mobilitätskosten die Position „Verwendungszwecke insgesamt“ verwendet.

### 3 Studiendesign

Im Folgenden beziehen sich alle Angaben stets auf *Haushalte*. Zwar wird in der EVS zwischen personen- und haushaltsbezogenen Einkommen und

---

<sup>2</sup> Die bei der Berechnung verwendeten Daten sind der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Fachserie 18, Reihe 1.1, Januar 2009) zu entnehmen.

Ausgaben unterschieden, in der hier vorliegenden Studie werden aber die Einkünfte und Ausgaben aller in einem Haushalt lebenden Personen zusammengefasst. Denn letztlich gilt das Interesse hier der finanziellen Situation der privaten Haushalte.

### 3.1 Kalkulation des Netto-Netto-Einkommens

Bei der Ermittlung des Bruttoeinkommens werden nicht nur die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit, aus Rentenbezügen und aus Lohnersatzleistungen berücksichtigt, sondern sämtliche Einkünfte, also auch Vermögenseinkünfte sowie staatliche und private Transferleistungen. Der hier verwendete Einkommensbegriff unterscheidet sich somit erheblich von der „Summe der Einkünfte“, die im deutschen Einkommensteuerrecht die steuerlich relevanten Einkünfte definiert. Folglich kann in der EVS auch nicht die im Einkommensteuerrecht zentrale Größe des „zu versteuernden Einkommens“ bestimmt werden, die den Teil der Einkünfte eines Steuerpflichtigen beschreibt, der nach Abzug von im Steuerrecht definierten „Sonderausgaben“ und „Werbungskosten“ verbleibt.

In der EVS werden hingegen auch fiktive Mieteinkünfte berücksichtigt, falls die Haushalte in einer eigenen Wohnung leben. In der hier erstellten Studie werden diese Einkünfte allerdings nicht berücksichtigt, weil die Ausgangsgröße zur Berechnung des Netto-Netto-Einkommens nur durch tatsächliche Mittelzuflüsse eines Haushaltes bestimmt werden soll (siehe hierzu Abschnitt 4.5).

Auch das in der EVS ausgewiesene Nettoeinkommen unterscheidet sich vom Nettoeinkommen des Steuerrechts. In der EVS wird das Nettoeinkommen durch den Abzug von tatsächlichen Steuerzahlungen und Pflichtbeitragszahlungen in die sozialen Sicherungssysteme definiert. Bei der Bestimmung des Nettoeinkommens wurden von uns lediglich die Kirchensteuerzahlungen der Haushalte nicht berücksichtigt, weil diese im Grunde als freiwillige Zahlung zu verstehen sind. Um Verzerrungen beim Vergleich mit Haushalten zu reduzieren, die nicht zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen verpflichtet sind, haben wir zusätzlich auch freiwillige Beiträge zu den Sozialversicherungen und die Beiträge in die private Kranken- und Pflegeversicherung bei der Bestimmung des Nettoeinkommens berücksichtigt.

Vom Nettoeinkommen ausgehend werden dann verschiedene weitere de facto indisponible Ausgaben der Haushalte berücksichtigt und somit das Netto-Netto-Einkommen bestimmt. Die von uns verwendeten Einkommensbegriffe sind damit rein an Zahlungszuflüssen und –abflüssen der Haushalte orientiert. Ausgangspunkt für die Kalkulation der Netto-Netto-

Position stellt der im Rahmen der Sozialgesetzgebung festgelegte Mindestbedarf eines Haushalts bzw. einer Einzelperson dar. Deshalb wird zunächst auf Basis des aktuellen Sozialhilfe-Eckregelsatzes ein fiktives, haushaltsbezogenes Sozialhilfeniveau berechnet.<sup>3</sup> Um ein möglichst realistisches Bild von der Netto-Netto-Einkommenssituation privater Haushalte in Deutschland aufzuzeigen, wurden von uns allerdings in vier Ausgabenbereichen nicht nur die im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) festgelegten Mindestbeträge berücksichtigt, sondern die tatsächlichen Ausgaben der Haushalte: Ausgaben für Wohnen, Energie, Verkehr und Mobilität sowie für die Kinderbetreuung bewerten wir zumindest als kurzfristig für einen Haushalt nicht disponibel bzw. als für Haushalte von existenzieller Bedeutung und damit als kurzfristig kaum veränderbar.<sup>4</sup>

Für die übrigen eckregesatzrelevanten Ausgabenkategorien – wie zum Beispiel Nahrungsmittel, Bekleidung etc. – wird unterstellt, dass Haushalte nicht zwingend mehr ausgeben müssen als im Rahmen der Ermittlung des im Bundessozialhilferecht definierten Mindestbedarfs vorgesehen. Die tatsächlichen Ausgaben der Haushalte, die über diese Mindestausgaben hinausgehen, bewerten wir als nicht existenziell; wir nehmen folglich an, dass diese Ausgaben auch auf kurze Sicht von den Haushalten variiert werden können. Da die Ausgaben für Wohnen, Energie, Verkehr und Mobilität sowie für Kinderbetreuung in voller Höhe berücksichtigt werden, müssen diese Posten bei der Berechnung des fiktiven Sozialhilfeniveaus herausgerechnet werden, so dass insgesamt nur noch 88% des Eckregelsatzes in Ansatz gebracht wird. Unter Berücksichtigung der tatsächlichen Ausgaben der Haushalte für die Kategorien Wohnen, Energie, Verkehr und Kinderbetreuung sowie der korrigierten Sozialhilfeposten ergibt sich dann das Netto-Netto-Einkommen (vgl. Schaubild 2).<sup>5</sup>

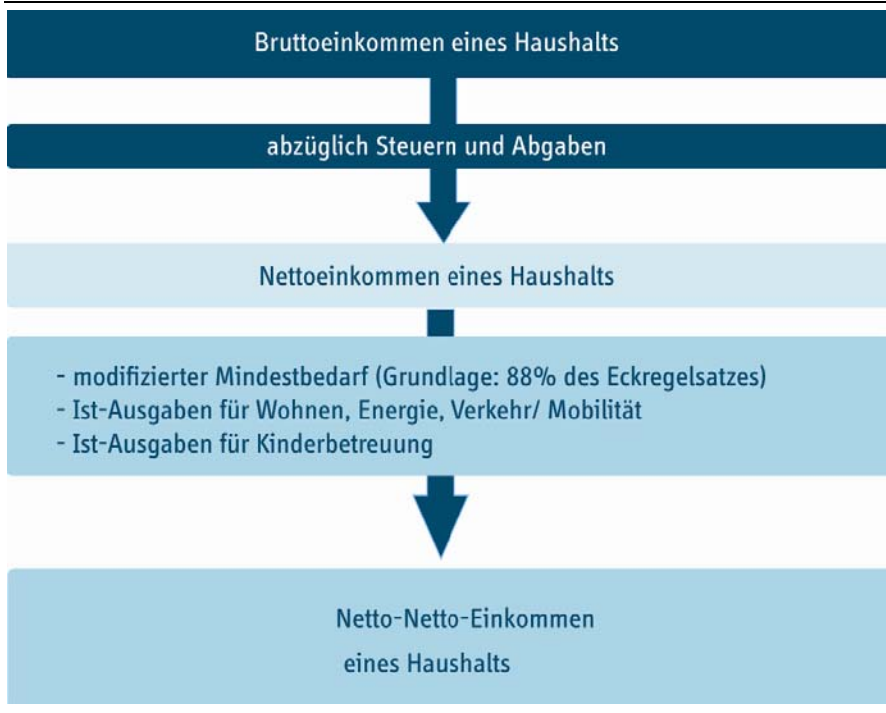
---

<sup>3</sup> Vgl. hierzu §§ 1 und 28 SGB XII .

<sup>4</sup> Miet- und Heizkosten werden auch in der Praxis der Sozialhilfegewährung anfänglich meist in voller Höhe gedeckt.

<sup>5</sup> Für einen Überblick über die eckregesatzrelevanten Ausgaben vgl. § 2 Absatz (2) RSV sowie Tabelle A1 im Anhang.

Schaubild 2

**Kalkulationsschema für das Netto-Netto-Einkommen****3.2 Differenzierungsmöglichkeiten**

Die Angaben in der EVS ermöglichen einen differenzierten Vergleich der Einkommens- und Ausgabensituation privater Haushalte, etwa nach Bundesländern, Haushaltstypen, Sozialer Stellung, Einkommen, Alter, Bildungsabschluss oder Einwohnergrößenklassen. In dieser Studie legen wir den Fokus auf die Differenzierung nach Bundesländern, Haushaltstypen, Sozialer Stellung und Einkommen (vgl. Schaubild 3).

Schaubild 3

**Übersicht über die wichtigsten Differenzierungsmerkmale**

Bundesländer	Haushaltstyp	Soziale Stellung	Nettoeinkommen
Baden-Württemb. Bayern Berlin Brandenburg Bremen Hamburg Hessen Mecklenburg-Vorp. NRW Niedersachsen Rheinland-Pfalz Saarland Sachsen Sachsen-Anhalt Schleswig-Holstein Thüringen	Alleinlebend Alleinerziehend Paar, kein Kind Paar, 2 Kinder Paar, 3 Kinder und mehr	Selbstständige Beamte Angestellte Arbeiter Arbeitslose Rentner Pensionäre Studenten	≤ 1.000 €/ Monat > 1.000 bis 2.000 € > 2.000 bis 2.500 € > 2.500 bis 3.000 € > 3.000 bis 4.000 € > 4.000 bis 7.000 € > 7.000 €/ Monat

In der Kategorie Haushaltstyp wird im Wesentlichen zwischen Alleinlebenden, Alleinerziehenden sowie zwischen Paaren mit und ohne Kinder unterschieden. Das Merkmal Soziale Stellung differenziert zwischen Selbstständigen, Beamten, Angestellten, Arbeitern, Arbeitslosen, Rentnern, Pensionären, Studenten und sonstigen Nichterwerbstätigen<sup>6</sup>, wobei jeweils der Haupteinkommensbezieher und damit die Person eines Haushaltes, die die höchsten individuellen Einkünfte angibt, für die Einordnung relevant ist. Bei der Festlegung der Einkommensklassen wird die Höhe des Nettoeinkommens eines Haushaltes zu Grunde gelegt.

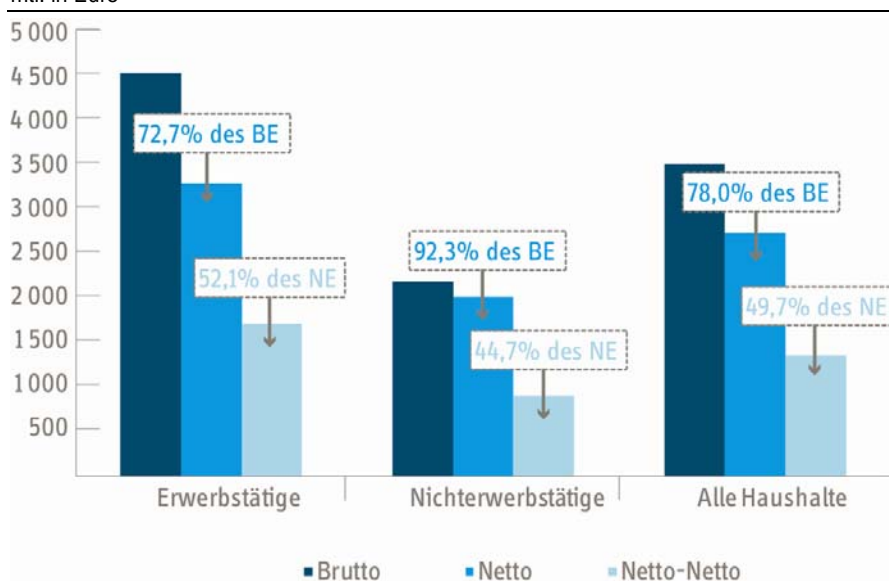
#### 4 Die Einkommenssituation privater Haushalte in Deutschland

Das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen der privaten Haushalte in Deutschland beträgt 3 471 €. Nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen verbleiben monatlich noch 2 706 €. Werden zusätzlich noch die als nicht disponibel unterstellten Ausgaben berücksichtigt, ergibt

<sup>6</sup> Bei den von uns vorgenommenen Einkommens- und Ausgabenvergleichen werden die in der EVS ausgewiesenen Kategorien „Sonstige Haushalte“ und „Sonstige Nichterwerbstätige“ nicht berücksichtigt (vgl. Schaubild 3), da unter diesen Bezeichnungen in der EVS sehr unterschiedliche Haushalte zusammengefasst werden und daher eine Durchschnittsbetrachtung in diesen Fällen wenig aussagekräftig ist.

sich ein durchschnittliches Netto-Netto-Einkommen von 1 345 € pro Monat; dies entspricht knapp der Hälfte des Haushaltsnettoeinkommens (Schaubild 4).

Schaubild 4  
**Einkommenssituation privater Haushalte in Deutschland**  
 mtl. in Euro



Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

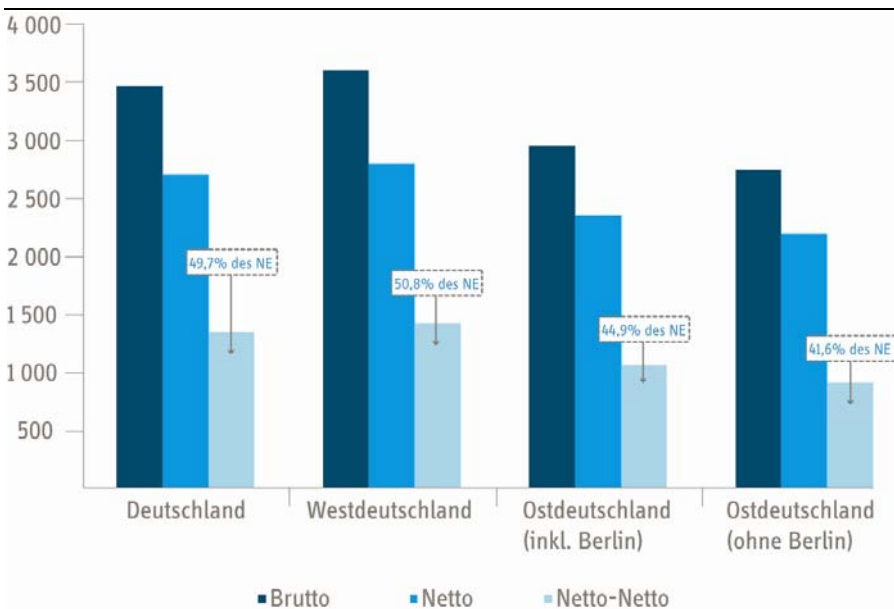
Der Durchschnitt nivelliert natürlich die Unterschiede zwischen den Haushalten, bei denen der Haupteinkommensbezieher erwerbstätig ist, und den Nichterwerbstätigen-Haushalten. Die Erwerbstätigen-Haushalte verfügen über ein monatliches Bruttoeinkommen in Höhe von 4 475 €, ihnen verbleibt nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben ein Nettoeinkommen in Höhe von 3 252 € – das entspricht einer Abgabenquote von 27,3%. Vom Nettoeinkommen verbleiben den Erwerbstätigen-Haushalten nach Berücksichtigung der indisponiblen Ausgaben 1 694 € (52,1%) zur freien Verfügung.

Die Nichterwerbstätigen-Haushalte sind – bei naheliegender Weise deutlich geringerem durchschnittlichem Bruttoeinkommen – zwar kaum mit Abgaben belastet, ihnen verbleibt aber mit 44,7% auch ein niedrigerer Anteil von ihrem Nettoeinkommen als Netto-Netto-Einkommen zur freien Verfügung.

Wesentliche Unterschiede bei den Einkommenssituationen zeigen sich, wenn die Haushalte nach alten und neuen Bundesländern bzw. nach

West- und Ostdeutschland getrennt betrachtet werden (vgl. Schaubild 5): Während westdeutsche Haushalte im Durchschnitt über ein monatliches Netto-Netto-Einkommen in Höhe von 1 424 € (50,8% des Nettoeinkommens) frei verfügen können, liegt das durchschnittliche Netto-Netto-Einkommen in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) mit 1 059 € deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Dieses Bild zeigt sich noch einmal etwas genauer bei einer differenzierteren Einkommensanalyse für die einzelnen Bundesländer.

Schaubild 5  
Einkommenssituation privater Haushalte in Deutschland  
mtl. in Euro



Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

## 4.1 Ergebnisse nach Bundesländern

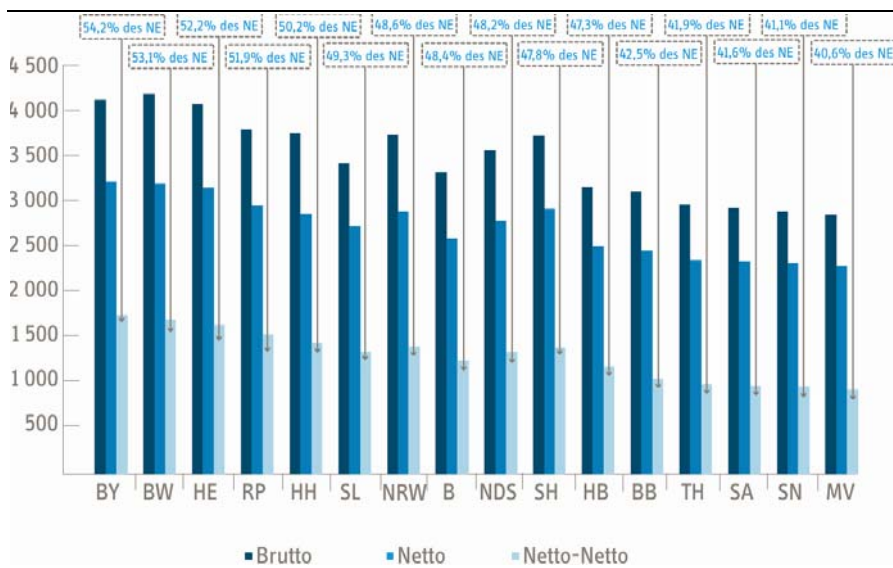
### 4.1.1 Durchschnittseinkommen

Die Einkommensunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland sind nach wie vor erheblich (Schaubild 6). In den westdeutschen Bundesländern verfügen private Haushalte insgesamt über ein höheres Einkommen als vergleichbare Haushalte in den ostdeutschen Bundesländern. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen der ostdeutschen Haushalte (inklusive



Berlin) liegt bei 81% des westdeutschen Haushaltsbruttoeinkommens (beim Nettoeinkommen beträgt der Anteil 84%). In allen alten Bundesländern beträgt das monatliche Netto-Netto-Einkommen mehr als 1 000 €, in den neuen dagegen – mit Ausnahme von Berlin – stets weniger als 1 000 €.

Schaubild 6  
**Einkommenssituation nach Bundesländern**  
 mtl. in Euro



Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Mit Bezug auf die Höhe des Netto-Netto-Einkommens zeigt Schaubild 6 eine eindeutige West-Ost-Einkommenshierarchie: Über das höchste Netto-Netto-Einkommen verfügen mit monatlich 1 631 € die privaten Haushalte in Bayern; diesen Haushalten verbleibt mit 54,2% auch der höchste Anteil von ihrem Nettoeinkommen. Die hinteren Plätze in der Einkommenshierarchie belegen ausschließlich die neuen Bundesländer – beginnend mit Brandenburg auf Platz 11 (Netto-Netto-Einkommen: 977 €). Am wenigsten verbleibt den privaten Haushalten in Mecklenburg-Vorpommern (Platz 16 im Bundesländervergleich) mit einem durchschnittlichen Netto-Netto-Einkommen von 869 € pro Monat; dies entspricht gerade einmal 40,6% ihres durchschnittlichen Nettoeinkommens.

Tabelle 1 zeigt, dass die Rangfolge der Bundesländer variieren kann, je nachdem auf welches Einkommen sich der Vergleich bezieht. So weisen zum Beispiel die privaten Haushalte in Bayern das höchste Netto- und Netto-Netto-Einkommen sowie den höchsten Anteil des Netto-Netto-

Einkommens am Nettoeinkommen auf, bezogen auf das Bruttoeinkommen belegen sie jedoch den zweiten Platz hinter Baden-Württemberg.

Berliner Haushalte belegen beim Vergleich der Brutto-, Netto- und Netto-Netto-Einkommen jeweils Platz 10, betrachtet man jedoch die Anteile des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen rücken sie auf den achten Platz vor.

Tabelle 1

**Position in der Einkommenshierarchie**

	BE	NE	NNE	Anteil NNE an NE
Baden-Württemberg	1	2	2	2
Bayern	2	1	1	1
Hessen	3	3	3	3
Rheinland-Pfalz	4	4	4	4
Hamburg	5	7	5	5
Nordrhein-Westfalen	6	6	6	7
Schleswig-Holstein	7	5	7	10
Niedersachsen	8	8	9	9
Saarland	9	9	8	6
Berlin	10	10	10	8
Bremen	11	11	11	11
Brandenburg	12	12	12	12
Thüringen	13	13	13	13
Sachsen-Anhalt	14	14	14	14
Sachsen	15	15	15	15
Mecklenburg-Vorpommern	16	16	16	16

Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Am stärksten variiert die Platzierung von Schleswig-Holstein: Bezogen auf das Brutto- und Netto-Netto-Einkommen belegen die Haushalte aus Schleswig-Holstein Platz 7; bei einem Vergleich der Nettoeinkommen landen sie sogar auf dem fünften Platz. Ordnet man die Bundesländer hingegen in Abhängigkeit des durchschnittlichen Anteils des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen, steht Schleswig-Holstein allerdings lediglich an elfter Stelle, was auf vergleichsweise hohe Lebenshaltungskosten hinweist.

#### 4.1.2 Haushaltstypen

Eine Variation der Rangfolge der Bundesländer ist auch bei nach Haushaltstypen differenzierten Einkommensvergleichen zu beobachten. Tabelle 2 veranschaulicht die Variation der Rangfolge in Abhängigkeit des zugrunde liegenden Einkommensbegriffs noch einmal beispielhaft für Paare ohne Kinder: In Hamburg erzielen Paare ohne Kinder im Durchschnitt das höchste Netto-Netto-Einkommen und (ggf. wegen des hohen Nettoeinkommens) nur den sechsthöchsten Anteil des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen.

In Rheinland-Pfalz erzielen kinderlose Paare im Durchschnitt lediglich das sechshöchste Netto-Netto-Einkommen, aber den zweithöchsten Anteil des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen. Dies deutet darauf hin, dass die lebensnotwendigen Ausgaben für die betrachteten Haushalte in Rheinland-Pfalz deutlich niedriger sind als in einigen anderen Bundesländern.

Tabelle 2

**Position in der Einkommenshierarchie von Paaren ohne Kinder**

	BE	NE	NNE	Anteil NNE an NE
Berlin	1	2	3	5
Hamburg	2	1	1	6
Baden-Württemberg	3	4	4	4
Bayern	4	3	2	1
Hessen	5	5	5	3
Schleswig-Holstein	6	6	8	11
Nordrhein-Westfalen	7	8	7	7
Bremen	8	7	9	9
Niedersachsen	9	9	10	8
Rheinland-Pfalz	10	10	6	2
Saarland	11	11	11	10
Sachsen	12	12	12	12
Brandenburg	13	13	13	13
Sachsen-Anhalt	14	14	15	16
Thüringen	15	15	14	14
Mecklenburg-Vorpommern	16	16	16	15

Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

#### 4.1.3 Soziale Stellung

Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher Angestellter ist, verfügen in Baden-Württemberg mit monatlich 2 083 € über das höchste Netto-Netto-Einkommen, dicht gefolgt von den Angestellten-Haushalten in Bayern (Netto-Netto-Einkommen: 2 032 € pro Monat). Diesen Haushalten verbleibt mit 57,8% und 57,2% auch der höchste Anteil vom Nettoeinkommen als Netto-Netto-Einkommen. Bei den Angestellten-Haushalten in Sachsen ist das frei verfügbare Einkommen am niedrigsten: Mit 1 139 € (42,9% des Nettoeinkommens) liegt das durchschnittliche Netto-Netto-Einkommen hier deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt der Angestellten-Haushalte von 1 735 € (53,8% des Nettoeinkommens).

Haushalten, deren Haupteinkommensbezieher Arbeiter ist, verbleibt mit durchschnittlich 1 212 € pro Monat (43,3% des Nettoeinkommens) insgesamt deutlich weniger Einkommen zur freien Verfügung als den Angestellten-Haushalten. Auch bei Arbeiter-Haushalten liegen die Netto-Netto-Einkommen in Bayern und Baden-Württemberg mit 1 522 € pro Monat (49,7% des Nettoeinkommens) und 1 423 € pro Monat (45,6% des Nettoeinkommens) deutlich über dem betreffenden Bundesdurchschnitt. Arbeiter-Haushalten in Mecklenburg-Vorpommern verbleibt im Bundesländervergleich mit einem durchschnittlichen Netto-Netto-Einkommen von 823 € (36,9% des Nettoeinkommens) das niedrigste Netto-Netto-Einkommen. Nimmt man den Anteil des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen zum Maßstab, liegen allerdings die Arbeiter-Haushalte aus Schleswig-Holstein, die lediglich über 35,8% ihres Nettoeinkommens frei verfügen können, ganz hinten.

Beträchtliche Unterschiede sind auch zwischen Rentner- und Pensionärs-Haushalten festzustellen: Während erstere im Durchschnitt ein monatliches Netto-Netto-Einkommen von 872 € und damit 44,5% ihres Nettoeinkommens zur freien Verfügung haben, bleibt letzteren mit monatlich 2 436 € (63,3% ihres Nettoeinkommens) fast das Dreifache.

Im Bundesvergleich zeigt sich, dass die Rentner-Haushalte in Bremen mit 965 € pro Monat (47,1% des Nettoeinkommens) das höchste Netto-Netto-Einkommen erzielen. Prozentual am Nettoeinkommen gemessen sind allerdings die Rentner-Haushalte in Bayern etwas besser gestellt, denen von ihrem Nettoeinkommen nach Abzug der lebensnotwendigen Ausgaben noch rund 47,7% verbleiben, was einem Netto-Netto-Einkommen von 959 € entspricht. Am wenigsten haben die Rentner-Haushalte in Brandenburg mit 642 € (36,3% des Nettoeinkommens) zur freien Verfügung, obwohl sie hinsichtlich ihres Brutto- und Nettoeinkommens die Rangfolge der ostdeutschen Bundesländer noch anführen. Insgesamt sind die Einkommensunterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern im Vergleich

zu den anderen Merkmalsausprägungen der Differenzierungskategorie „Soziale Stellung“ jedoch relativ gering.

Wesentlich gravierender ist der Unterschied zu den Haushalten mit einem pensionierten Haupteinkommensbezieher: Berliner Pensionärs-Haushalte verfügen mit 4 028 € pro Monat (67,1%) über das höchste Netto-Netto-Einkommen, mit großem Abstand gefolgt von den Bremer Pensionärs-Haushalten, die immerhin noch ein Netto-Netto-Einkommen von 2 721 € (69,0%) ausweisen können. Am wenigsten bleibt den Haushalten mit pensioniertem Haupteinkommensbezieher im Saarland, wo das durchschnittliche Netto-Netto-Einkommen bei 2 003 € (60,2%) liegt. Dabei ist allerdings anzumerken, dass Bremen sowie – mit Ausnahme von Berlin – auch sämtliche neue Bundesländer bei diesem Einkommensvergleich aufgrund zu geringer Fallzahlen in der Stichprobe nicht ausgewiesen werden.

#### 4.1.4 Einkommensklassen

Von den Haushalten mit mittlerem Einkommen erzielen diejenigen aus Berlin mit monatlich 1 453 € das höchste Netto-Netto-Einkommen. Den Berliner Haushalten steht damit über die Hälfte ihres monatlichen Nettoeinkommens (52,3%) zur freien Verfügung. In den übrigen neuen Bundesländern liegt das Netto-Netto-Einkommen stets unter dem Bundesdurchschnitt von 1 345 €. Die ostdeutschen Bundesländer (ohne Berlin) belegen auch bei diesem Einkommensvergleich die hinteren Plätze. Am wenigsten bleibt den Haushalten aus der mittleren Einkommensklasse in Sachsen-Anhalt zur Verfügung: 1 072 € (39,2% des Nettoeinkommens).

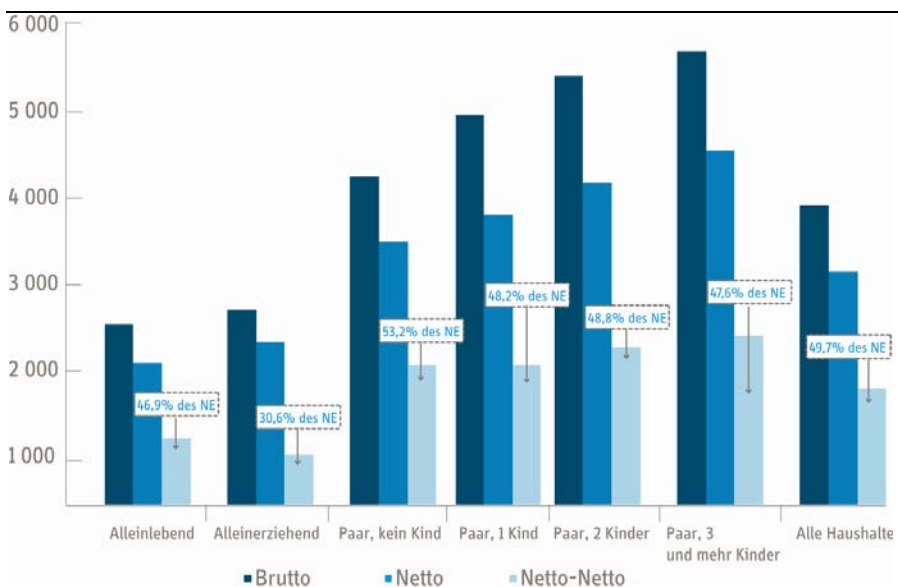
Bei den Haushalten mit sehr hohem Nettoeinkommen (von monatlich über 7 000 €) erzielen diejenigen in Berlin mit 7 431 € das höchste Netto-Netto-Einkommen; bei diesen Haushalten ist auch der Anteil des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen mit 79,9% am höchsten. Die Spitzenverdiener-Haushalte aus Hamburg belegen mit einem frei verfügbaren Einkommen von 7 410 € Platz 2. Der Anteil des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen der Hamburger Haushalte ist mit 73,7% allerdings lediglich der achthöchste, was ein Indiz dafür sein könnte, dass die Lebenshaltungskosten im Vergleich zu den anderen Bundesländern relativ hoch sind. In dieser Einkommensklasse erzielen die Haushalte in Sachsen mit 5 548 € (65,1% des Nettoeinkommens) das niedrigste Netto-Netto-Einkommen. Allgemein liegt das Netto-Netto-Einkommen in allen neuen Bundesländern (ohne Berlin) wiederum unter dem Bundesdurchschnitt der betrachteten Einkommensklasse (6 941 €). Anzumerken ist allerdings, dass bei diesem Einkommensvergleich die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt sowie Bremen und das Saarland aufgrund zu geringer Fallzahlen unberücksichtigt bleiben.

## 4.2 Ergebnisse nach Haushaltstypen

### 4.2.1 Durchschnittseinkommen

Paare mit mindestens 3 Kindern erzielen bei allen drei Einkommensabgrenzungen das höchste Einkommen aller Haushaltstypen (mit 5 252 € monatlichem Bruttoeinkommen, 4 110 € Nettoeinkommen und 1 958 € Netto-Netto-Einkommen). Der Anteil des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen beträgt aber nur 47,6% – das ist der niedrigste Wert aller Paar-Haushalte (Schaubild 7). Nach Berücksichtigung der unabwiesbaren Ausgaben verbleibt den Haushalten mit mehreren Kindern somit deutlich weniger als die Hälfte von ihrem Nettoeinkommen.

Schaubild 7  
Einkommenssituation nach Haushaltstypen  
mtl. in Euro



Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Kinderlosen Paaren steht hingegen anteilig am meisten von ihrem Nettoeinkommen zur freien Verfügung: Ihr durchschnittliches Netto-Netto-Einkommen liegt bei 1 622 € (53,2% ihres Nettoeinkommens). Das Bruttoeinkommen ist bei diesen Haushalten allerdings geringer als bei den Paaren mit Kindern. Das kann zum einen an den Kindergeldzahlungen (bzw. den Kinderfreibeträgen) liegen, aber auch am niedrigeren Durchschnittsalter von Paaren ohne Kinder.

Das geringste Netto-Netto-Einkommen und auch den geringsten Anteil des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen erzielen mit 578 € und 30,6% die Alleinerziehenden; d.h. fast 70% des Nettoeinkommens von Alleinerziehenden sind (zumindest kurzfristig) nicht disponibel.

#### 4.2.2 Soziale Stellung

Beamten-Haushalte mit mindestens 3 Kindern verfügen mit monatlich 3 060 € (55,9% des Nettoeinkommens) über das höchste Netto-Netto-Einkommen. Beschränkt man die Betrachtung auf die Beamten-Haushalte, weisen die alleinlebenden Beamten mit 1 556 € pro Monat (58,7% des Nettoeinkommens) das geringste Netto-Netto-Einkommen aus. Alleinerziehende Beamte verfügen mit 1 749 € über ein höheres Netto-Netto-Einkommen als die Alleinlebenden, anteilig bleibt Ihnen mit 56,0% ihres Nettoeinkommens jedoch vergleichsweise weniger. Insgesamt haben alleinlebende Studenten am wenigsten zur freien Verfügung: Das Netto-Netto-Einkommen von alleinlebenden Studenten entspricht mit 207 € gerade einmal 22,6% ihres monatlichen Nettoeinkommens.

Von den Angestellten- und Arbeiter-Haushalten steht ebenfalls den Paaren mit mindestens 3 Kindern das höchste Einkommen zur freien Verfügung, wobei es zwischen den Haushalten deutliche Unterschiede gibt (vgl. hierzu auch Abschnitt 4.3.1): Während Paaren mit mindestens 3 Kindern und einem Haupteinkommensbezieher, der in einem Angestelltenverhältnis beschäftigt ist, 2 406 € und damit 51,9% ihres Nettoeinkommens verbleiben, beträgt das Netto-Netto-Einkommen der entsprechenden Arbeiter-Haushalte lediglich 1 359 €, was gerade einmal 40,3% von ihren Nettoeinkünften ausmacht.

Der Anteil des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen ist mit 59,6% bei den Angestellten- und den Arbeiter-Haushalten bei den Paaren ohne Kinder am höchsten (bei einem monatlichen Netto-Netto-Einkommen von 2 295 €, falls der Haupteinkommensbezieher als Angestellter und 1 333 €, falls er als Arbeiter beschäftigt ist). Erwartungsgemäß ist das Netto-Netto-Einkommen alleinerziehender Angestellter (694 € bzw. 34,1% des Nettoeinkommens) und das der Arbeiter (549 € bzw. 31,4% des Nettoeinkommens) am niedrigsten.

Bei den Arbeitslosen-Haushalten zeigt sich folgendes Bild: Paare mit 3 Kindern und mehr erzielen mit 647 € pro Monat (24,3% des Nettoeinkommens) das höchste Netto-Netto-Einkommen. Interessant ist ferner, dass bei allen Paar-Haushalten ein überdurchschnittliches Netto-Netto-Einkommen zu beobachten ist. Haushalte mit arbeitslosem Haupteinkommensbezieher haben im durchschnitt 340 € pro Monat und damit rund

23,8% ihres Nettoeinkommens zur freien Verfügung. Alleinlebenden Arbeitslosen verbleiben monatlich im Vergleich dazu gerade einmal 181 € bzw. 18,6% ihres Nettoeinkommens und alleinerziehenden Arbeitslosen mit 188 € lediglich 13,9% ihres Nettoeinkommens. Dies zeigt noch einmal, dass sich die indisponiblen Ausgaben erhöhen, wenn Kinder im Haushalt leben.

#### 4.2.3 Einkommensklassen

In der höchsten Einkommensklasse (Nettoeinkommen über 7 000 €) verfügen die Alleinlebenden mit 8 804 € (86,7% ihres Nettoeinkommens) über das höchste Netto-Netto-Einkommen. Das niedrigste Netto-Netto-Einkommen erzielen die Paare mit 2 Kindern (monatlich 5 544 € und damit 70,7% ihres Nettoeinkommens). Alleinerziehende sind in dieser Einkommensklasse kaum vertreten und werden daher nicht in den Vergleich einbezogen.

In der mittleren Einkommensklasse erzielen ebenfalls die Alleinlebenden das höchste Netto-Netto-Einkommen: Alleinlebende mit einem Nettoeinkommen zwischen 2 500 und 3 000 € haben im Durchschnitt 1 706 € pro Monat zur freien Verfügung, was in etwa 61,9% ihres durchschnittlichen Nettoeinkommens entspricht. Das niedrigste Netto-Netto-Einkommen verbleibt mit 795 € und einem Anteil des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen von 28,6% den Paaren mit 3 und mehr Kindern.

Bei Betrachtung der untersten Einkommensklasse, in der die Haushalte maximal über ein Nettoeinkommen von 1 000 € verfügen, zeigt sich zunächst, dass die Fallzahlen für alle Paar-Haushalte mit Kindern für einen Einkommensvergleich zu gering sind. Das höchste Netto-Netto-Einkommen ist mit 43 € pro Monat bei den Alleinlebenden zu beobachten; ihnen verbleiben damit gerade einmal 5,6% ihres Nettoeinkommens zur freien Verfügung. Für Paare ohne Kinder und Alleinerziehende ergibt sich nach Abzug der lebensnotwendigen Ausgaben von ihrem Nettoeinkommen ein negatives Einkommen, was in der Regel bedeutet, dass diese Haushalte einen Teil ihrer Ausgaben aus Ersparnissen oder mit Krediten finanzieren müssen.

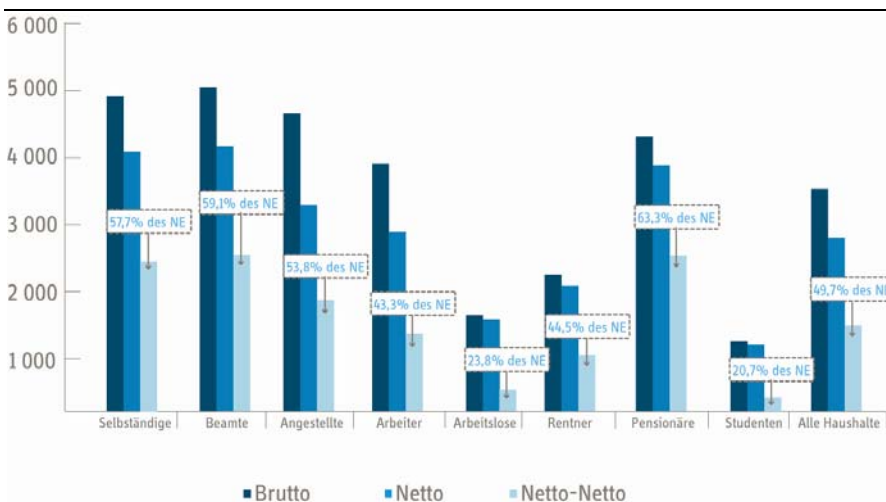


### 4.3 Ergebnisse nach Sozialer Stellung

#### 4.3.1 Durchschnittseinkommen

Pensionäre (63,3%), Beamte (59,1%) und Selbstständige (57,7%) bilden die Gruppe mit den höchsten Anteilen des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen (Schaubild 8). Besonders auffällig ist, dass alle betrachteten Durchschnittseinkommen der Beamten-Haushalte diejenigen der Haushalte mit selbstständigem Haupteinkommensbezieher geringfügig übersteigen. Dieses Ergebnis ist u.a. darauf zurückzuführen, dass in der EVS lediglich Einkommen unter 18 000 € pro Monat berücksichtigt werden, d.h. Einkünfte, die diese Abschneidegrenze übersteigen, werden nicht erfasst, wodurch die Durchschnittseinkommen der Selbstständigen-Haushalte etwas nach unten geschoben werden. Ein weiterer Grund ist, dass unter den Beamten-Haushalten häufiger Doppelverdiener-Haushalte zu finden sind als unter den Selbstständigen-Haushalten. Deutlich unterscheiden sich auch die Anteile der Netto-Netto-Einkommen am Nettoeinkommen bei den Angestellten- und den Arbeiter-Haushalten: Bei ersteren liegt dieser Anteil bei 53,8% und damit um mehr als 10%-Punkte höher als bei letzteren (43,3%).

Schaubild 8  
**Einkommenssituation nach Sozialer Stellung**  
 mtl. in Euro



Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Bei den Haushalten mit arbeitslosem Haupteinkommensbezieher sind die Anteile des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen, das in diesem

Fall überwiegend aus Lohnersatzleistungen besteht, mit 23,8% zwar deutlich niedriger als bei den Erwerbstätigen, das Netto-Netto-Einkommen ist mit einem Durchschnittswert von 340 € pro Monat jedoch noch überraschend hoch. Dies könnte darin begründet liegen, dass im Jahr 2003, von wo aus das Einkommen fortgeschrieben wurde, die Arbeitslosigkeit mit einer Arbeitslosenquote von 10,2% relativ hoch war, weshalb auch ein höherer Anteil von Arbeitslosen Arbeitslosengeld bezogen hat, dessen Höhe sich an den zuletzt erzielten Bruttoeinkünften orientierte.

Bei den Rentner-Haushalten ist zu beachten, dass sich deren durchschnittliches Nettoeinkommen in Höhe von 1 961 € nicht nur aus den Einkünften aus der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern auch aus Betriebsrenten, Unterstützungen von privaten Haushalten und insbesondere Einkünften aus Vermögen zusammensetzt. Der Anteil des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen beträgt 44,5%. Den Rentner-Haushalten verbleibt also nach Berücksichtigung der existentiellen Ausgaben weniger als die Hälfte ihres Nettoeinkommens.

#### 4.3.2 Einkommensklassen

In der niedrigsten Einkommensklasse verfügen die Rentner-Haushalte mit 59 € (7,3% ihres Nettoeinkommens) über das höchste Netto-Netto-Einkommen. Die Fallzahlen der Beamten- und Pensionärs-Haushalte sind erwartungsgemäß in der untersten Einkommensklasse zu gering, um sie bei der Auswertung der Einkommenssituation berücksichtigen zu können. In der mittleren Einkommensklasse (2 500 und 3 000 €) weisen Haushalte mit pensioniertem Haupteinkommensbezieher mit 1 519 € (55% ihres Nettoeinkommens) das höchste Netto-Netto-Einkommen auf. Das niedrigste Netto-Netto-Einkommen ist bei den Arbeiter-Haushalten zu finden: Ihnen verbleiben im Durchschnitt lediglich 1 093 € und damit 39,4% ihres Nettoeinkommens zur freien Verfügung.

Unter den Spitzenverdienern, deren monatliches Nettoeinkommen über 7 000 € liegt, ist das höchste tatsächlich verfügbare Einkommen bei den Haushalten mit selbstständigem Haupteinkommensbezieher zu beobachten. Für diese Haushalte beträgt das durchschnittliche Netto-Netto-Einkommen 7 274 € und damit 73,1% ihres Nettoeinkommens. Pensionärs-Haushalte können sogar über 79,6% ihres Nettoeinkommens frei verfügen, ihr Netto-Netto-Einkommen ist aber mit 7 177 € pro Monat geringer als das der Selbstständigen-Haushalte. Interessant ist auch ein Vergleich mit den Rentner-Haushalten, die im Durchschnitt ein Netto-Netto-Einkommen in Höhe von 7 181 € pro Monat erzielen, was gut drei Viertel ihres Nettoeinkommens (75,6%) sind. Diese Beobachtung ist u.a. damit zu erklären, dass die gesetzlichen Renten im Erhebungsjahr der

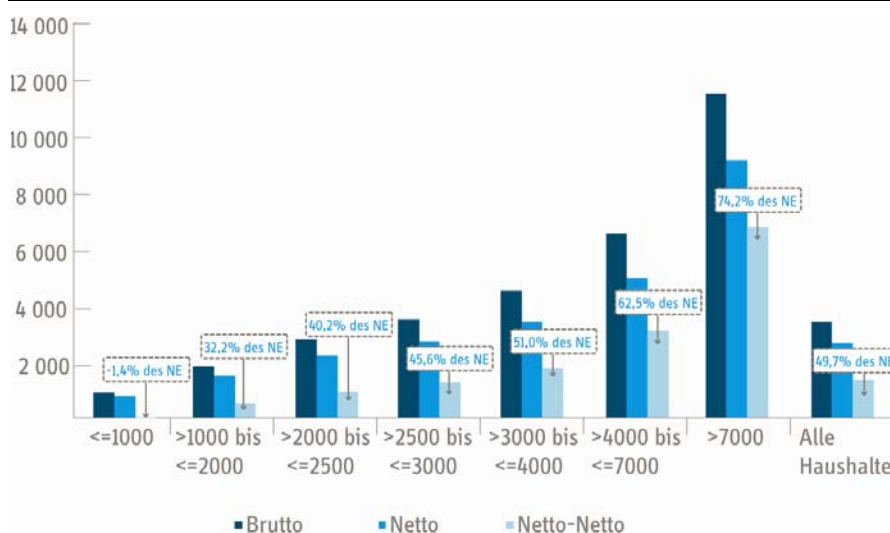
zugrunde liegenden Stichprobe (EVS) im Gegensatz zu Pensionen noch nicht (bzw. lediglich mit ihrem „Ertragsanteil“) besteuert wurden.

#### 4.4 Ergebnisse nach Einkommensklassen

##### 4.4.1 Durchschnittseinkommen

Mit steigenden Einkommen steigt auch der Anteil des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen: Je höher das Nettoeinkommen ist, desto mehr bleibt den Haushalten in Deutschland auch zur freien Verfügung. Beim durchschnittlichen Nettoeinkommen über alle Haushalte in Deutschland (2.706 €) macht der Anteil des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen knapp 50% aus (49,7%).

Schaubild 9  
**Einkommenssituation nach Einkommensklassen**  
 mtl. in Euro



Berechnungen. RWI Essen auf Basis EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

In der mittleren Einkommensklasse (2 500 bis 3 000 €) liegt sowohl das Netto-Netto-Einkommen als auch der Anteil des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen mit 1 257 € bzw. 45,6% deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt von 1 345€ bzw. 49,7%. Bei den mittleren Einkommen entfällt damit deutlich mehr als die Hälfte des Nettoeinkommens auf existentielle Ausgaben für Nahrungsmittel, Bekleidung, Wohnen, Energie etc., mit anderen Worten: Diesen Haushalten bleibt von ihrem Nettoeinkommen weniger zur freien Verfügung als dem Durchschnittshaushalt. Dieser Be-

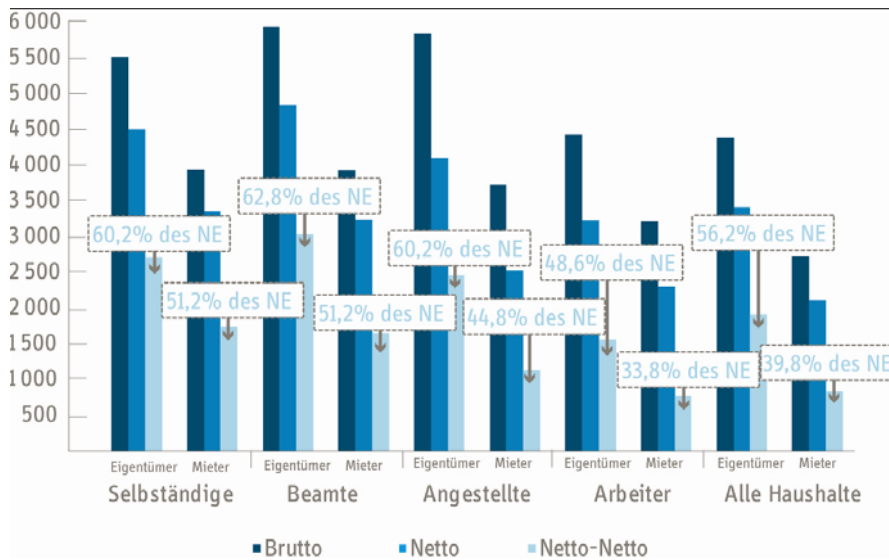
fund zeigt, wie wichtig es ist, nicht nur auf den Durchschnitt zu schauen, sondern insbesondere die Situation der mittleren Einkommen im Blick zu haben. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Haushalte mit hohen Einkommen den Durchschnitt nach oben ziehen und die Haushalte mit mittleren Einkommen deshalb vergleichsweise weniger von ihrem Nettoeinkommen zur freien Verfügung haben.

In der untersten Einkommensklasse (weniger als 1 000 €) ist das Netto-Netto-Einkommen negativ, die lebensnotwendigen Ausgaben sind also im Durchschnitt bei diesen Haushalten höher als das Nettoeinkommen (in Höhe von durchschnittlich 764 €). Sofern diese Haushalte nicht auf Ersparnisse zurückgreifen können, müssen die lebensnotwendigen Ausgaben mit Krediten finanziert werden. Nimmt man nicht die unterste Einkommensklasse als Maßstab, sondern die Haushalte mit einem Nettoeinkommen zwischen 1 000 und 2 000 €, dann zeigt sich, dass schon die Haushalte mit einem Nettoeinkommen zwischen 4 000 und 7 000 € fast über einen doppelt so hohen Anteil des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen verfügen. Den Haushalten mit netto über 7 000 € (durchschnittlich 9 360 €) bleibt sogar mit einem Anteil des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen von 74,2% ein deutlich mehr als doppelt so hoher Anteil.

#### 4.5 Differenzierung nach Wohnverhältnissen

Wie viel Einkommen den Haushalten in Deutschland von ihren Bruttoeinkünften zur freien Verfügung verbleibt, hängt auch von davon ab, ob sie im Eigentum oder zur Miete wohnen. In der EVS wird als eine Einkunfts-kategorie auch ein sogenanntes fiktives Mieteinkommen geführt, das bei den Haushalten zum Bruttohaushaltseinkommen hinzuaddiert wird, die im Eigentum wohnen. Begründet wird diese Vorgehensweise vom Statistischen Bundesamt mit der Absicht, die tatsächlichen Lebensverhältnisse der Haushalte abzubilden. Diese Vorgehensweise ist durchaus gerechtfertigt, denn die Tatsache, keine monatliche Mietbelastung tragen zu müssen, erhöht in der Tat die Gestaltungsmöglichkeiten von Haushalten. Weil in der vorliegenden Studie der Fokus jedoch auf die *tatsächlich* den Haushalten zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln gelegt wird, bleiben hier sämtliche „fiktiven“ Einkünfte unberücksichtigt. Die Schaubilder 10 und 11 zeigen den Zusammenhang zwischen Einkommens- und Wohnsituation. Im Durchschnitt aller Haushalte sind nicht nur die Einkommen (Brutto, Netto und Netto-Netto) der Haushalte mit Wohneigentum deutlich höher als bei den Mieter-Haushalten, sondern auch der Anteil des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen (56,2% gegenüber 39,8%).

Schaubild 10  
**Einkommenssituation nach Wohnsituation und Haushaltstyp (1)**  
 mtl. in Euro



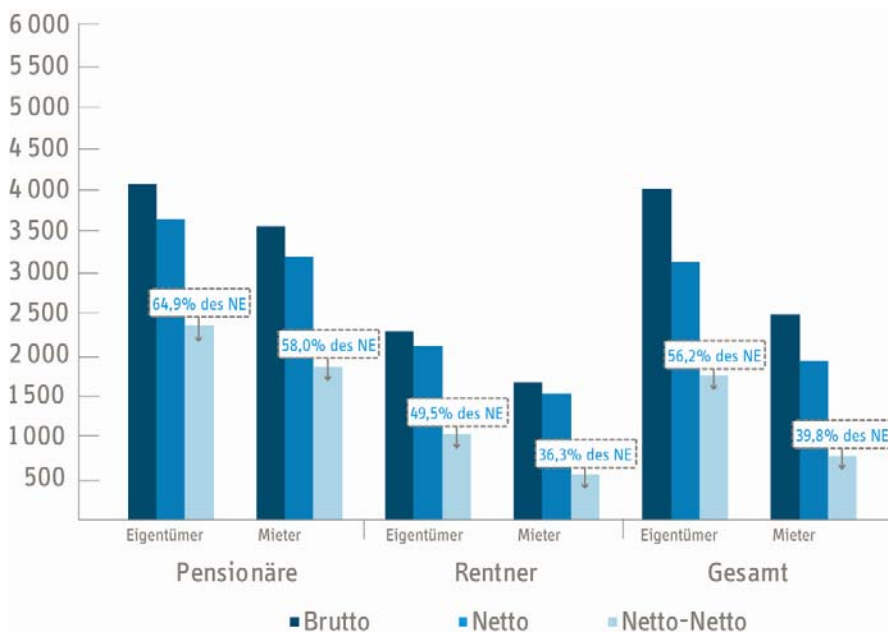
RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Zusätzlich zeigen sich wesentliche Unterschiede zwischen denjenigen Haushalten, die im Eigentum wohnen und den Mieter-Haushalten, wenn man die soziale Stellung der Haushalte berücksichtigt. Die Differenzen bei den Anteilen des Netto-Netto-Einkommens am Nettoeinkommen fallen sehr unterschiedlich aus: Besonders deutlich sind sie zwischen den Angestellten- und den Beamten-Haushalten (15,5 gegenüber 11,6%-Punkte) sowie zwischen den Rentner- und Pensionärs-Haushalten (13,2 gegenüber 6,9%-Punkte). Im Vergleich von Angestellten und Beamten sowie von Rentnern und Pensionären sieht man jeweils, dass die Mietausgaben stärker ins Gewicht fallen, wenn das Nettoeinkommen geringer ist.

Schaubild 11

**Einkommensituation nach Wohnsituation und Haushaltstyp (2)**

mtl. in Euro



RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

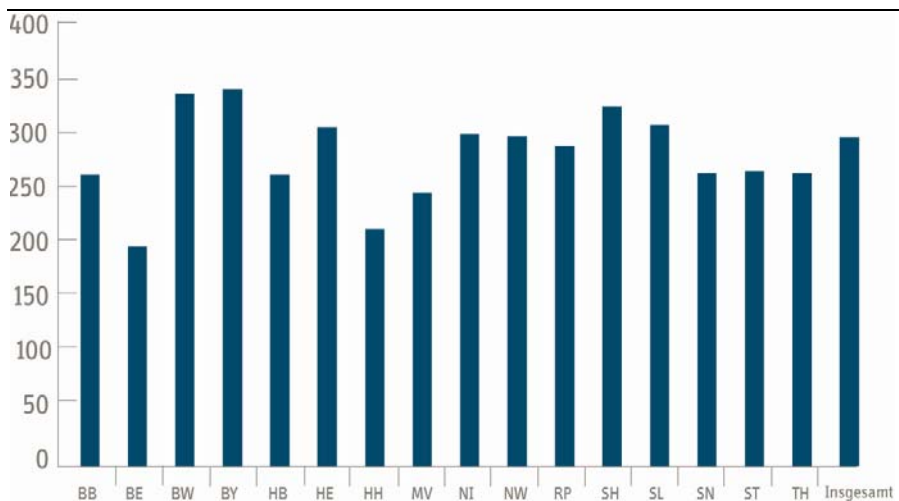
**5 Ausgabensituation privater Haushalte in Deutschland****5.1 Mobilität**

Die Verkehrsausgaben umfassen vor allem Ausgaben für Kraftstoffe, enthalten sind beispielsweise aber auch Reparaturkosten. Aus Schaubild 12 wird ersichtlich, dass die Haushalte in Bayern und Baden-Württemberg mit 336 € und 332 € pro Monat am meisten für ihre Mobilität ausgeben. Beide Bundesländer sind Flächenländer, in denen im Vergleich zu den Stadtstaaten häufiger der PKW genutzt wird. Zudem wohnen in Baden-Württemberg und Bayern die Haushalte mit überdurchschnittlich hohem Einkommen; mit gut 85% (BW) und knapp 83% (Bayern) weisen beide Bundesländer einen sehr hohen Motorisierungsgrad auf.

In Hamburg sind hingegen mit 211 € pro Monat die niedrigsten Verkehrsausgaben zu verzeichnen. Erwartungsgemäß sind mit knapp 62% relativ wenige Haushalte mit einem PKW ausgestattet. Noch niedriger sind die Motorisierungsgrade in den Stadtstaaten Berlin (57%) und Bremen (59%).

Insgesamt nutzen in Ostdeutschland weniger Haushalte einen PKW als in den alten Bundesländern, was sicherlich zu einem wesentlichen Teil auf die regionalen Einkommensunterschiede zurückzuführen ist. Dementsprechend sind auch die durchschnittlichen Verkehrsausgaben der Haushalte in den neuen Bundesländern tendenziell geringer als in den alten.

Schaubild 12  
**Verkehrsausgaben nach Bundesländern**  
 mtl. in Euro



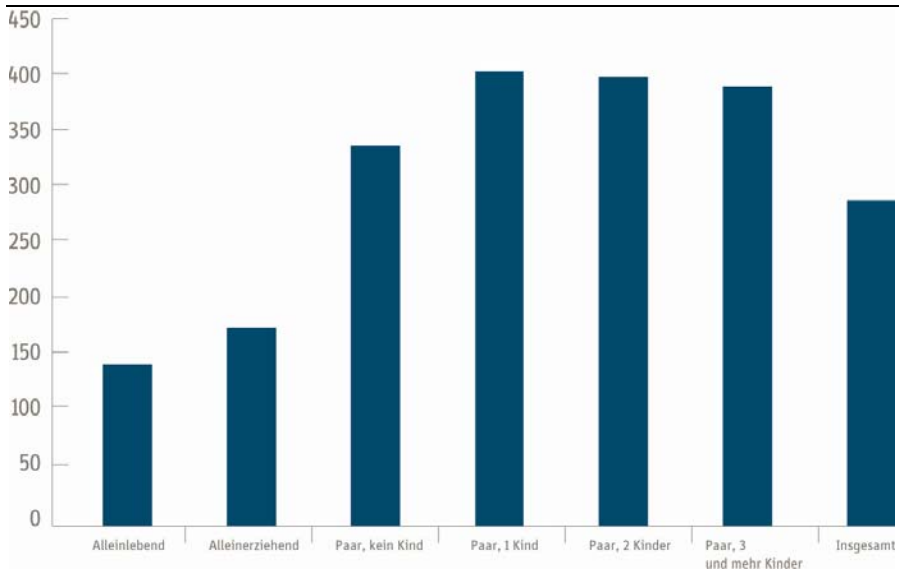
Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Betrachtet man die Ausgabensituation deutscher Haushalte differenziert nach Haushaltstyp, zeigt sich, dass Paare mit Kindern fast alle mit einem PKW motorisiert sind und im Durchschnitt auch am meisten für ihre Mobilität ausgeben. Wie aus Schaubild 13 hervorgeht, belaufen sich die monatlichen Mobilitätsausgaben zwischen 397 € (Paar mit mindestens 3 Kindern) und 410 € (Paar mit 1 Kind).

Alleinlebende haben mit durchschnittlich 146 € monatlich die geringsten Verkehrsausgaben. Alleinerziehende geben im Vergleich dazu knapp 179 € pro Monat aus. Ein Großteil der Ausgaben verursachen demnach offenbar kinderbedingte Fahrten zu Kindergarten, Schule, Freizeitveran-

staltungen etc. Dabei hängen die Ausgaben davon ab, ob ein Kind im Haushalt lebt, die Zahl der Kinder spielt eher eine geringe Rolle.

Schaubild 13  
**Verkehrsausgaben nach Haushaltstyp**  
 mtl. in Euro



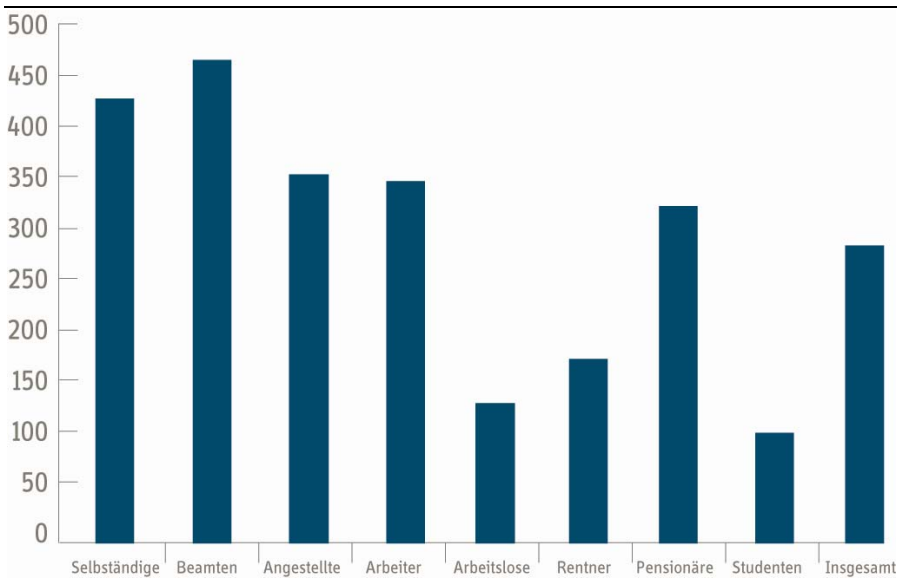
Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Schaubild 14 gibt einen Überblick über die Verkehrsausgaben der privaten Haushalte in Deutschland in Abhängigkeit von der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers. Beamten-Haushalte, die zu den Haushalten mit überdurchschnittlich hohem Einkommen gehören und von denen rund 92% einen PKW besitzen, geben mit monatlich 475 € die höchsten Verkehrsausgaben an.

Die geringsten Verkehrsausgaben weisen mit 109 € pro Monat die Studenten-Haushalte, die ein vergleichsweise niedriges Einkommen erzielen, aus. Lediglich 45% dieser Haushalte sind motorisiert. Zudem können Studenten öffentliche Verkehrsmittel in der Regel mit einem Studententicket nutzen, so dass ein Großteil ihrer Mobilitätskosten vermutlich über die Studiengebühren abgedeckt wird.



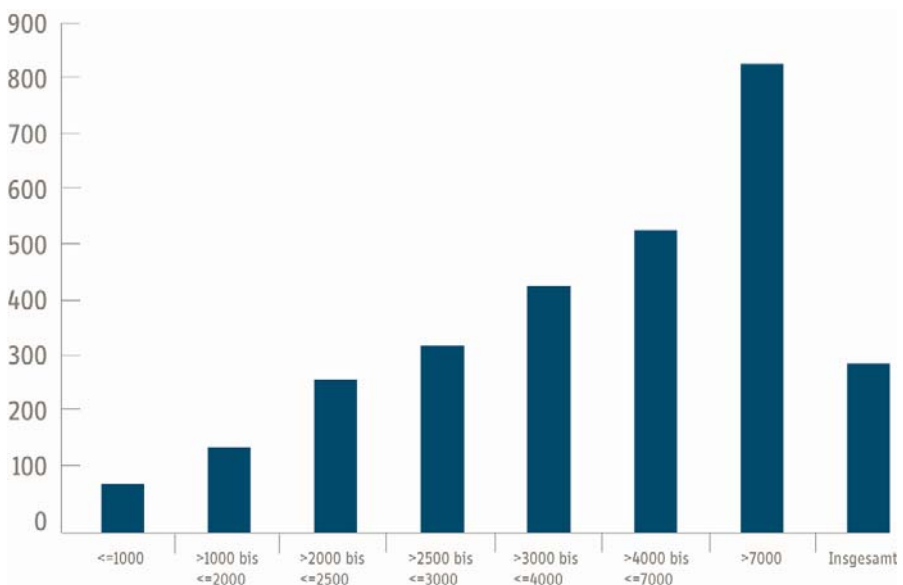
Schaubild 14  
**Verkehrsausgaben nach Sozialer Stellung**  
mtl. in Euro



Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Die monatlichen Verkehrsausgaben steigen erwartungsgemäß mit zunehmendem Einkommen (vgl. Schaubild 15). Dieses Bild spiegelt sich zum Teil auch in den anderen Differenzierungskategorien wider. So zeigt sich zum Beispiel, dass in den Bundesländern wie Baden-Württemberg und Bayern, in denen die Haushalte ein überdurchschnittlich hohes Einkommen erzielen, die Verkehrsausgaben deutlich höher sind als zum Beispiel in den neuen Bundesländern.

Schaubild 15  
**Verkehrsausgaben nach Einkommensklassen**  
 mtl. in Euro



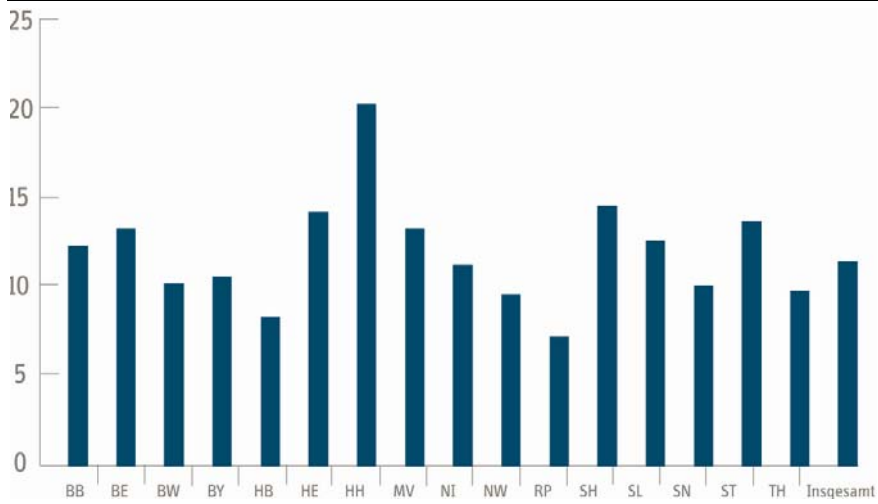
Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

## 5.2 Kinderbetreuung

Bei den Vergleichen der Ausgaben zur Kinderbetreuung werden lediglich die Haushalte berücksichtigt, in denen Kinder leben und auch lediglich die Ausgaben berücksichtigt, die im engeren Sinne bei der Betreuung anfallen; Bildungsausgaben zum Beispiel für Nachhilfeunterricht oder auch Schulgebühren werden nicht berücksichtigt.

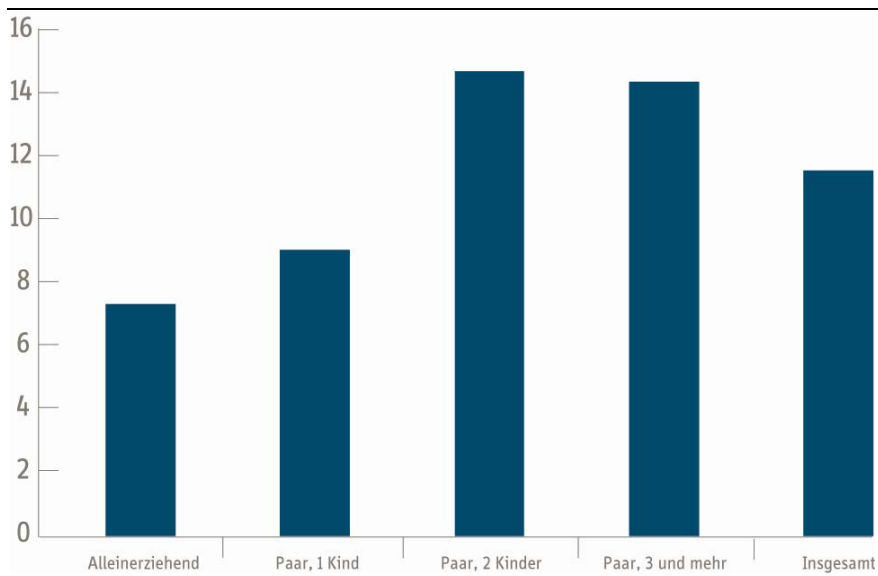
Die in Hamburg lebenden Haushalte (mit Kindern) geben mit monatlich 20,46 € am meisten für Kinderbetreuung aus, die in Rheinland-Pfalz lebenden Haushalte mit 7,30 € pro Monat am wenigsten (Schaubild 16). Ein Grund für die unterschiedliche Ausgabenstruktur könnten regionale Unterschiede im Angebot und in den Preisen für die Kinderbetreuung sein.

Schaubild 16  
**Kinderbetreuungsausgaben nach Bundesländern**  
 mtl. in Euro



Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Schaubild 17  
**Kinderbetreuungsausgaben nach Haushaltstyp**  
 mtl. in Euro

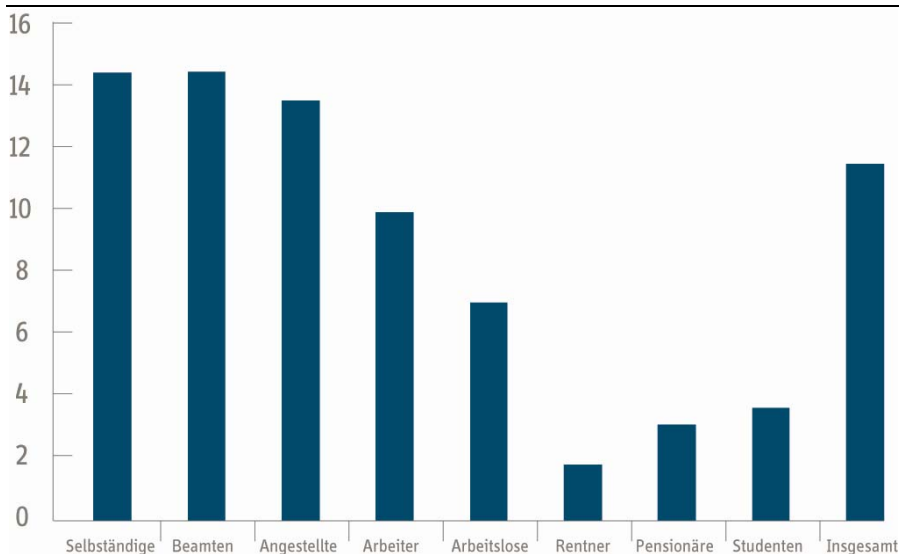


Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Der Vergleich unterschiedlicher Haushaltstypen zeigt, dass kinderreiche Haushalte und Haushalte mit hohem Einkommen erwartungsgemäß die höchsten Ausgaben zur Kinderbetreuung aufweisen (vgl. Schaubild 17): Paare mit 2 Kindern geben durchschnittlich 14,73 € und Paare mit 3 oder mehr Kindern 14,38 € pro Monat aus. Für Paare mit 1 Kind belaufen sich die monatlichen Ausgaben lediglich auf 9,07 €. Alleinerziehende, die insgesamt ein unterdurchschnittliches Einkommen erzielen, geben monatlich im Durchschnitt 7,36 € für Kinderbetreuung aus.

Aus Schaubild 18 wird ersichtlich, dass Beamten-Haushalte (14,57 € pro Monat), Selbstständigen-Haushalte (14,54 € pro Monat) und Angestellten-Haushalte (13,64 € pro Monat), die alle zu den Haushalten mit überdurchschnittlich hohem Einkommen gehören, am meisten für Kinderbetreuung ausgeben. Danach folgen mit 10,00 € pro Monat Arbeiter-Haushalte, die zwar im Durchschnitt ein geringeres Einkommen erzielen, durch weniger flexible Arbeitszeiten jedoch vergleichsweise stärker auf Kinderbetreuungsmöglichkeiten angewiesen sein dürften.

Schaubild 18  
**Kinderbetreuungsausgaben nach Sozialer Stellung**  
 mtl. in Euro

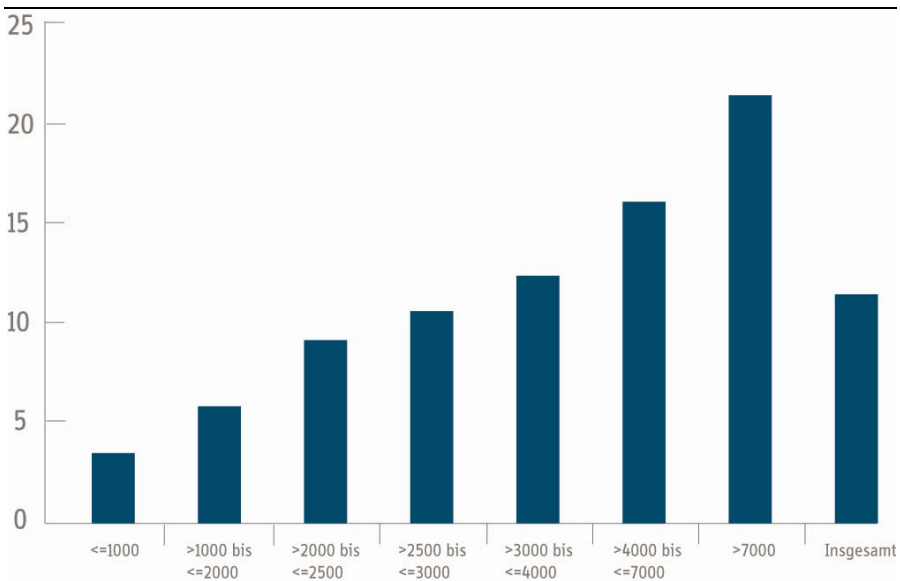


Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Analog zu den Verkehrsausgaben gilt auch für die Kinderbetreuungsausgaben: Je höher das Einkommen, desto höher sind auch die Ausgaben für die Kinderbetreuung (vgl. Schaubild 19), wobei der kausale Zusammenhang unklar ist. Haben reichere Haushalte ein höheres Einkommen, weil sie intensiver Kinderbetreuungsangebote in Anspruch nehmen und so

mehr arbeiten können oder können sich reichere Haushalte einfach eher die Inanspruchnahme von Kinderbetreuungsmöglichkeiten leisten als arme Haushalte?

Schaubild 19  
**Kinderbetreuungsausgaben nach Einkommensklassen**  
 mtl. in Euro



Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

### 5.3 Versicherungen

Erfasst werden Ausgaben für Private Kranken-, Pflege- und Unfallversicherungen, für Kfz-Haftpflicht- und Kasko-Versicherungen, für Lebens- und Risikoversicherungen sowie für Hausrats- und Personenhaftpflichtversicherungen.

Die höchsten Versicherungsausgaben werden mit rund 115 € pro Monat in Baden-Württemberg getätigt, wobei ein Großteil der Ausgaben auf Kfz-Versicherungen entfallen, was wiederum aus dem – auch einkommensbedingt – hohen Motorisierungsgrad der Haushalte von 85% folgt.

In allen neuen Bundesländern liegen die Versicherungsausgaben der Haushalte jeweils unter dem Bundesdurchschnitt von 98 € pro Monat. Dieses Bild zeichnet sich aber auch in den einzelnen, oben genannten Versicherungszweigen ab. In Berlin wird mit 62,36 € pro Monat am wenigsten für Versicherungen ausgegeben.

Bei der Differenzierung nach Haushaltstypen zeigt sich, dass Paare mit 3 und mehr Kindern mit 130,84 € pro Monat am meisten für Versicherungen ausgeben. Alleinlebende weisen mit 56,63 € die geringsten Ausgaben auf.

Die Versicherungsausgaben nehmen mit steigender Kinderzahl zu, was vermutlich in erster Linie auf zusätzliche Versicherungen für die Kinder zurückzuführen ist. Es könnte aber auch sein, dass Haushalte mit Kindern allgemein eine höhere Risikoaversion haben und daher einen stärkeren Versicherungsschutz bevorzugen.

Selbstständigen-Haushalte geben mit monatlich 158,65 € erwartungsgemäß am meisten für Versicherungen aus, gefolgt von den Beamten-Haushalten mit 129,38 €. Bei den Haushalten mit selbstständigem Haupteinkommensbezieher stellen die Ausgaben für die private Unfall- und Krankenversicherung den größten Ausgabenposten dar. Beamte sind nur zu 60% durch die staatliche Beihilfe abgesichert, d.h. sie müssen sich zu 40% durch eine private Krankenversicherung absichern. Zudem bietet den Beamten-Haushalten das vergleichsweise hohe Nettoeinkommen allgemein bessere Möglichkeiten, private Zusatzversicherungen abzuschließen.

Die geringsten Ausgaben für Versicherungen sind mit 23,63 € erwartungsgemäß bei den Studenten-Haushalten zu beobachten, die noch nicht einmal ein Viertel der durchschnittlich Ausgaben in Deutschland tätigen. Insbesondere Risiko- und Lebensversicherungen werden von Studenten so gut wie gar nicht abgeschlossen.

Betrachtet man die durchschnittlichen Versicherungsausgaben in verschiedenen Einkommensklassen, zeigt sich das gewohnte Bild: Wie bereits in den anderen Ausgabenkategorien, steigen auch die Versicherungsausgaben mit zunehmendem Einkommen.

#### **5.4 Pauschalreisen und Übernachtungen**

In dieser Ausgabenkategorie werden sowohl Inlands- als auch Auslandspauschalreisen erfasst. Zudem werden allgemeine Übernachtungskosten berücksichtigt.

Die höchsten Reiseausgaben sind in Sachsen zu beobachten mit ca. 108 € pro Monat. Am geringsten sind die durchschnittlichen Reiseausgaben in Mecklenburg-Vorpommern mit 58,48 € (Mecklenburg-Vorpommern gehört auch zu den ärmsten Bundesländern), gefolgt von Rheinland-Pfalz mit 67,64 € pro Monat. Weiterhin auffällig ist, dass Haushalte aus Sachsen-Anhalt mit 91,47 € deutlich über dem Gesamtdurchschnitt liegen, obwohl sie zu den Haushalten mit unterdurchschnittlichem Einkommen gehören.

Paare ohne Kinder geben mit 133,35 € pro Monat am meisten für Reisen und Urlaub aus, Alleinerziehende mit rund 34 € erwartungsgemäß am wenigsten; der Bundesdurchschnitt liegt bei monatlich 86 €.

Pensionärs-Haushalte weisen mit 159,87 € pro Monat die höchsten Ausgaben auf, gefolgt von Beamten-Haushalten mit 131,82 €. In diesen beiden Gruppen sind vermutlich sowohl die finanziellen als auch die zeitlichen Restriktionen vergleichsweise gering. Mit 16,34 € geben Studenten-Haushalte am wenigsten aus, was auch daran liegen dürfte, dass hier nicht alle Reisekosten erfasst werden und Studenten unter Umständen eine andere Art des Reisens bevorzugen als die hier erfassten Möglichkeiten (zum Beispiel Individualreisen, Camping-Urlaub etc.).

Auch die Reiseausgaben steigen mit zunehmendem Einkommen, wobei der Einfluss des Einkommens hier nicht ganz so deutlich ist wie bei den anderen Ausgabenkategorien.

## 5.5 Verschuldung

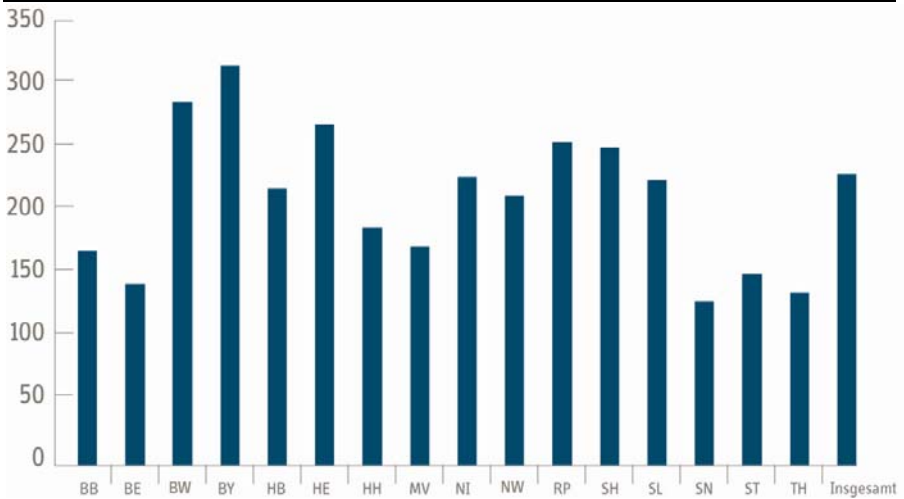
In der EVS sind Informationen über die Ausgaben für die Tilgung von und die Zinsen auf Dispositionskredite und Kontoüberziehungen, Baudarlehen und Hypotheken sowie andere Konsumkredite enthalten. Diese Informationen werden bei den nachfolgenden Vergleichen unter dem Begriff Verschuldung zusammengefasst.

Die höchsten Ausgaben für die Tilgung von Schulden werden mit 319 € pro Monat und 290 € von Haushalten in Bayern und Baden-Württemberg getätigt (Schaubild 20). Hier ist der Anteil der Haushalte mit Wohneigentum mit gut 58% (Bayern) und 63% (Baden-Württemberg) auch sehr hoch.

In den neuen Bundesländern liegen die monatlichen Ausgaben jeweils unter 200 € und damit unter dem Bundesdurchschnitt von 232 €. In Sachsen sind die Ausgaben mit durchschnittlich 130 € pro Monat am geringsten. Zudem ist der Anteil der Wohneigentümer mit rund 39% eher niedrig.

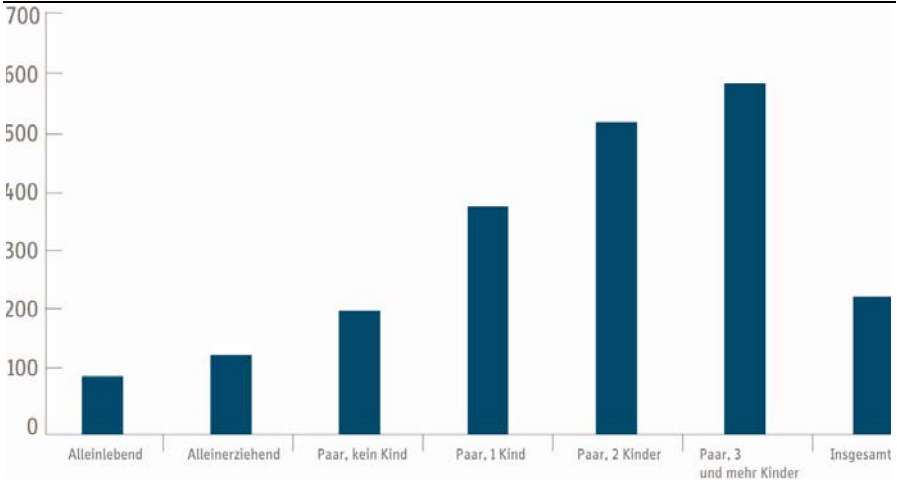
Schaubild 21 zeigt, dass Paare mit drei und mehr Kindern mit 588 € pro Monat am meisten für die Tilgung von Krediten ausgeben. Am wenigsten geben Alleinlebende mit durchschnittlich 98 € aus. Auch hier zeigt sich eine kinderbedingte Zunahme der Ausgaben.

Schaubild 20  
**Verschuldung nach Bundesländern**  
 mtl. in Euro



Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Schaubild 21  
**Verschuldung nach Haushaltstyp**  
 mtl. in Euro

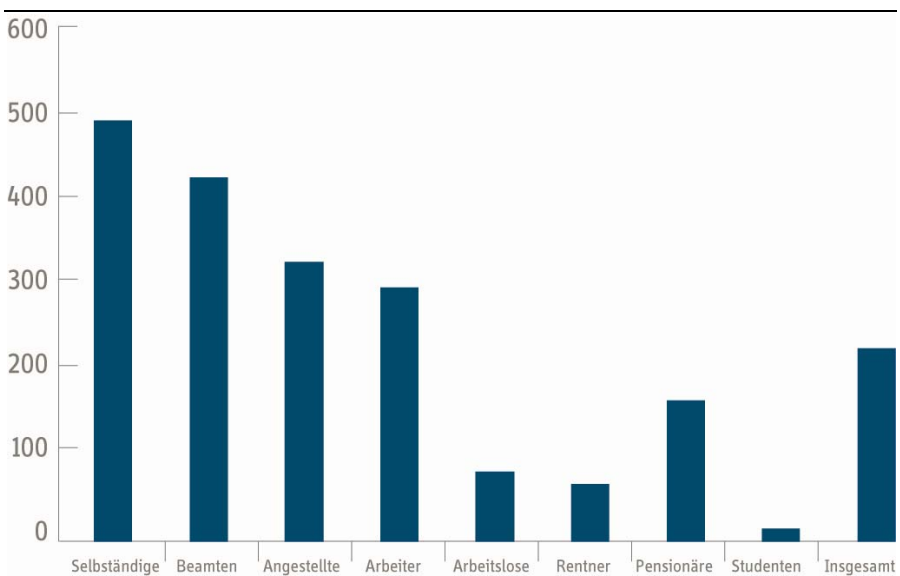


Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.



Selbständigen-Haushalte geben mit durchschnittlich 504 € pro Monat am meisten für die Tilgung von Krediten aus (vgl. Schaubild 22), wobei davon auszugehen ist, dass diese Haushalte im Allgemeinen höhere Investitionen tätigen. Am wenigsten für den Schuldendienst geben mit 16 € pro Monat Studenten-Haushalte aus.

Schaubild 22  
**Verschuldung nach Sozialer Stellung**  
 mtl. in Euro



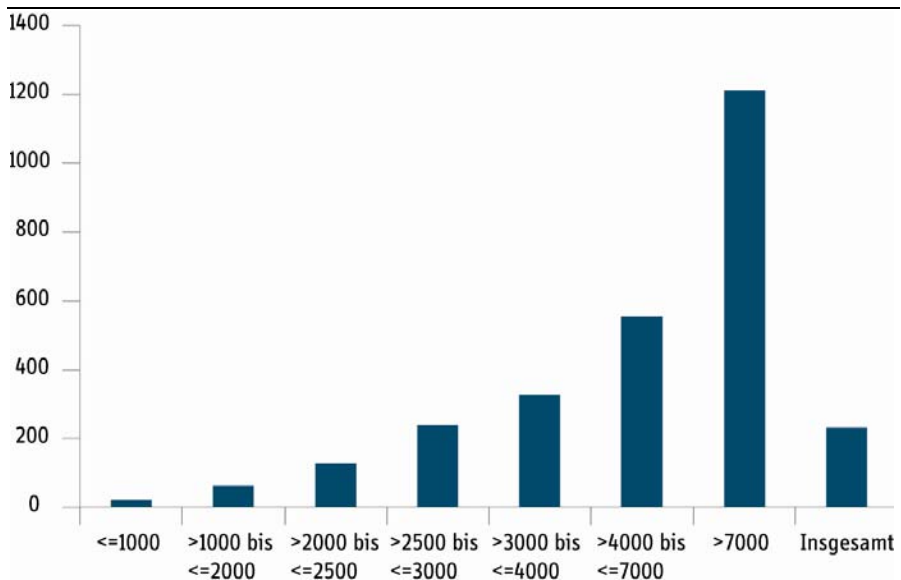
Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Bei einer differenzierten Betrachtung der Verschuldungssituation der Haushalte nach Einkommensklassen zeigt sich erwartungsgemäß, dass auch die Ausgaben für die Tilgung von Krediten mit zunehmendem Einkommen steigen (vgl. hierzu Schaubild 23).

## 6 Zusammenfassung

Zentrales Anliegen der Studie ist es, zu beschreiben, über wie viel Einkommen private Haushalte in Deutschland nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie unter Berücksichtigung der „lebensnotwendigen“ Ausgaben „frei“ verfügen können. Zu diesem Zweck werden Angaben der Haushalte aus der Einkommen- und Verbrauchstichprobe (EVS) ausgewertet. Der EVS-Datensatz gibt umfassend Auskunft über

Schaubild 23  
**Verschuldung nach Einkommensklassen**  
 mtl. in Euro



Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

sämtliche Einkünfte und Ausgaben von Haushalten in Deutschland und enthält darüber hinaus detaillierte sozioökonomische Informationen zu allen im Haushalt lebenden Personen.

Auf Basis der EVS-Daten wird in der Studie ein „Netto-Netto-Einkommen“ der Haushalte ermittelt, das letztlich als Indikator zur Bewertung der finanziellen Möglichkeiten von privaten Haushalten interpretiert wird. Dieses im doppelten Sinne definierte Nettoeinkommen geht über den etablierten Nettobegriff hinaus, der darauf abstellt, zu zeigen, wie viel Einkommen Haushalten von ihrem Bruttoeinkommen verbleibt, wenn Steuerzahlungen und Beitragszahlungen in die sozialen Sicherungssysteme berücksichtigt werden. Anspruch dieser Studie ist es zu zeigen, dass private Haushalte darüber hinaus auch – zumindest kurzfristig – nicht-disponible Ausgaben tätigen müssen, die im Grunde ihre finanziellen Möglichkeiten im Sinne freier Verwendungsmöglichkeiten einschränken. Dabei existiert für die Berücksichtigung dieser auch als existenziell zu bezeichnenden Ausgaben natürlich keine „objektive“ Blaupause. Wir orientieren uns deshalb in der Studie bei der Definition der lebensnotwendigen Ausgaben an den Standards, die in der Sozialhilfegesetzgebung festgelegt werden. Lediglich für die Ausgaben für Miete, Energie, Verkehr und Mobilität sowie die Kinder-

betreuung berücksichtigen wir nicht die haushaltsspezifischen Ansprüche aus der Sozialhilfegesetzgebung, sondern die tatsächlichen Ausgaben der Haushalte, wie sie von diesen in der EVS angegeben wurden.

Mit dieser Vorgehensweise beschreiben wir also nicht nur ein „Existenzminimum“ wie es im Steuerrecht oder in der Sozialhilfegesetzgebung definiert wird, sondern gehen über diese Standards hinaus, indem wir ggf. höhere Ausgaben der Haushalte kurzfristig als nicht vermeidbar einschätzen. Denn letztlich gilt unser Interesse den tatsächlich in verschiedenen Haushalten im Durchschnitt zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln. Damit bewerten wir also nicht die Höhe der mit dem „Existenzminimum“ berücksichtigten Ausgaben, die ja immer auch als eine nur temporäre Absicherung verstanden werden müssen, sondern versuchen, die für alle Haushalte im Durchschnitt gebundenen Mittel möglichst realistisch zu beschreiben.

Die Ergebnisse werden in der Studie differenziert nach Bundesländern, Haushaltstypen, Sozialer Stellung und der Höhe des Nettoeinkommens beschrieben. Die Netto-Netto-Einkommen der Haushalte in Deutschland variieren in Abhängigkeit dieser Differenzierungsmerkmale beträchtlich. Aus einem Vergleich der Bundesländer geht beispielsweise eine deutliche West-Ost-Einkommenshierarchie hervor. Haushalte aus den neuen Bundesländern verfügen insgesamt über ein geringeres Netto-Netto-Einkommen als vergleichbare Haushalte aus Westdeutschland. Die Rangfolge der einzelnen Bundesländer hängt allerdings davon ab, ob das Brutto-, das Netto- oder das Netto-Netto-Einkommen zu Grunde gelegt wird.

Bei der Auswertung der Ausgaben der Haushalte lassen sich für die verschiedenen Posten – Ausgaben für Mobilität, Kinderbetreuung, Versicherungen, Pauschalreisen und Übernachtungen sowie für die Tilgung von Krediten – jeweils ähnliche Strukturen beobachten. Ein wesentliches, nicht weiter überraschendes Ergebnis ist, dass die Ausgaben mit zunehmendem Einkommen steigen. Dies spiegelt sich auch bei der Differenzierung nach den anderen Merkmalen wider: So geben zum Beispiel Haushalte, die in Bundesländern mit überdurchschnittlich hohen Einkommen leben oder die zu den Haushaltstypen mit überdurchschnittlich hohen Einkommen gehören, tendenziell mehr aus.

**Literatur**

- Kühnen, C. (2001), Das Stichprobenverfahren der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, Statistisches Bundesamt, Methodenberichte, Heft1/2001.
- Regelsatzverordnung (RSV) vom 3. Juni 2004 (BGB1. I S. 1067), geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 20. November 2006 (BGB1. I S. 2657), § 2 Absatz 2.
- Sozialgesetzbuch (SGB) XII, zuletzt geändert durch Artikel 7 G vom 28. Mai 2008 | 874, § 1 (Aufgabe der Sozialhilfe) und § 28 (Regelbedarf, Inhalt der Regelsätze).
- Stuckemeier, A. (2004), Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe als Mikrodatenfile, Merz, J. und Zwick, M., MIKAS - Mikroanalysen und amtliche Statistik. Statistik und Wissenschaft, Band 1. Wiesbaden, Statistisches Bundesamt, S. 107-115.

## Anhang

## A.1 Kalkulation des Netto-Netto-Einkommens

Tabelle A1

**Ausgaben zur Bemessung der Regelsätze der sozialen Mindestsicherung**

Abt.□	Ausgabenkategorie□	Beschreibung□	%□	Konsumausgaben nach EVS <sup>1</sup> □	regelsatzrelevant□
01**	Lebensmittel**	**	96**	133€**	127€**
02**	Tabak; Alkohol**	**	96**		
03**	Bekleidung; Schuhe**	**	100**	34€**	34€**
04**	Wohnung; Energie (ohne-Miete)**	Wohnnebenkosten; Wohnungsstandhaltung**	8**	322€**	26€**
05**	Gebrauchsgegenstände**	Innenausstattung; Haushaltsgeräte; -gegenstände**	91**	27€**	25€**
06**	Gesundheitspflege**	Körperpflege; Reinigung; Gesundheit**	71**	18€**	13€**
07**	Verkehr/ Mobilität**	Öffentlicher Nahverkehr (Jahresnetzticket der Region); Fahrrad; Pauschale für sonstige Verkehrsmittel (EVS)**	26**	59€**	15€**
08**	Nachrichtenübermittlung/ Kommunikation**	Handykosten; Pauschale für schriftliche Kommunikation; Radio- und TV-Anschluss; Internet**	75**	40€**	30€**
09**	Freizeit; Unterhaltung und Kultur**	Radio; TV; 4-Besuche von Freizeiteinrichtungen pro Monat (Kino; Theater; Schwimmbad; Stadtbibliothek)**	55**	71€**	39€**
11**	Beherbergungs- und Gaststättenleistungen**	**	29**	28€**	8€**
12**	andere Waren und DL**	**	67**	40€**	27€**
Summe (ohne-Miete und Heizung)**		**	**	**	345€**

**Quelle:** Regelsatzverordnung (RVS) vom 3. Juni 2004 (BGB1. I S. 1067), geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 20. November 2006 (BGB1. I S. 2657), § 2(2).

## A.2 Deskriptive Statistik

Tabelle A2.1

**Bundesland**

	Anzahl der HH in Mill.	Anteil in %
Bayern	5,5	14,4
Berlin	1,8	4,8
Brandenburg	1,2	3,1
Bremen	0,4	0,9
Baden-Württemberg	4,7	12,4
Hamburg	0,9	2,4
Hessen	2,8	7,3
Mecklenburg-Pommern	0,8	2,1
Niedersachsen	3,7	9,7
Nordrhein-Westfalen	8,3	21,8
Rheinland-Pfalz	1,8	4,8
Saarland	0,5	1,3
Sachsen	2,1	5,5
Sachsen-Anhalt	1,2	3,1
Schleswig-Holstein	1,3	3,4
Thüringen	1,1	2,9
Deutschland	38,1	100

Tabelle A2.2

**Haushaltstyp**

	Anzahl der HH in Mill.	Anteil in %
alleinlebend	14,0	36,8
alleinerziehend	1,3	3,5
Paar, kein Kind	11,2	29,4
Paar, 1 Kind	2,6	6,7
Paar, 2 Kinder	2,9	7,6
Paar, 3 und mehr Kindern	1,0	2,6
sonstige	5,1	13,3
Deutschland	38,1	100

Tabelle A2.3

**Soziale Stellung**

	Anzahl der HH in Mill.	Anteil in %
Selbständige	2,2	5,8
Beamten	1,6	4,3
Angestellte	11,2	29,5
Arbeiter	6,5	17,1
Arbeitslose	2,1	5,4
Rentner	11,1	29,0
Pensionäre	1,6	4,2
Studenten	1,0	2,7
Sonst. Nichterwerbstätige	0,8	2,1
Deutschland	38,1	100

Tabelle A2.4

**Nettoeinkommen (2009)**

	Anzahl der HH in Mill.	Anteil in %
<=1000	3,9	10,3
>1000 bis <=2000	12,3	32,3
>2000 bis <=2500	5,0	13,2
>2500 bis <=3000	4,6	12,0
>3000 bis <=4000	5,8	15,3
>4000 bis <=7000	5,3	13,9
>7000	1,1	3,0
Deutschland	38,1	100

Tabelle A2.5

**Einwohnergrößenklasse**

	Anzahl der HH in Mill.	Anteil in %
unter 5 000	5,7	15,1
5 000 bis unter 20 000	8,2	21,6
20 000 bis unter 100 000	8,9	23,3
100 000 bis unter 500 000	4,9	12,9
500 000 und mehr	5,8	15,1
unter 20 000	0,9	2,5
20 000 und mehr	1,3	3,5
100 000 und mehr	2,3	6,1
Deutschland	38,1	100

Tabelle A2.6  
**Altersgruppe**

	Anzahl der HH in Mill.	Anteil in %
<=30	4,0	10,6
31 bis 40	7,6	20,0
41 bis 50	7,9	20,7
51 bis 60	5,8	15,3
61 bis 70	6,3	16,4
älter als 70	6,5	16,9
Deutschland	38,1	100

Tabelle A2.7  
**Bildungsabschluss**

	Anzahl der HH in Mill.	Anteil in %
Universität	5,5	14,4
FH, BA, Meister	11,2	29,4
Lehre o. gleichwertig niedrigerer Abschluss	17,9	46,9
in Ausbildung	1,1	2,9
ohne Abschluss	1,2	3,3
Deutschland	38,1	100



## A.3 Ergebnistabellen

Tabelle A3.1

**Deutschland insgesamt**

mtl. in Euro

	<b>Brutto</b>	<b>Netto</b>	<b>Netto-Netto</b>	<b>Anteil</b>
Alle Haushalte	3 471	2 706	1 345	49,7%
Erwerbstätige	4 475	3 252	1 694	52,1%
Nicht-Erwerbstätige	2 160	1 993	891	44,7%

Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Tabelle A3.2

**Ost-West-Vergleich**

mtl. in Euro

	<b>Brutto</b>	<b>Netto</b>	<b>Netto-Netto</b>	<b>Anteil</b>
Deutschland	3 471	2 706	1 345	49,7%
Westdeutschland	3 612	2 802	1 424	50,8%
Ostdeutschland (mit Berlin)	2 956	2 357	1 059	44,9%
Ostdeutschland (ohne Berlin)	2 750	2 193	912	41,6%

Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Tabelle A3.3

**Bundesländern**

mtl. in Euro

	<b>Brutto</b>	<b>Netto</b>	<b>Netto-Netto</b>	<b>Anteil</b>
Schleswig-Holstein	3 483	2 732	1 305	47,8%
Hamburg	3 515	2 677	1 344	50,2%
Niedersachsen	3 335	2 606	1 256	48,2%
Bremen	2 953	2 341	1 107	47,3%
Nordrhein-Westfalen	3 490	2 704	1 315	48,6%
Hessen	3 810	2 942	1 535	52,2%
Rheinland-Pfalz	3 552	2 765	1 435	51,9%
Baden-Württemberg	3 912	2 989	1 586	53,1%
Bayern	3 852	3 009	1 631	54,2%
Saarland	3 201	2 548	1 257	49,3%
Berlin	3 108	2 421	1 171	48,4%
Brandenburg	2 912	2 298	977	42,5%
Mecklenburg-Vorpommern	2 668	2 140	869	40,6%
Sachsen	2 702	2 177	895	41,1%
Sachsen-Anhalt	2 743	2 190	910	41,6%
Thüringen	2 774	2 204	924	41,9%
Insgesamt	3 471	2 706	1 345	49,7%

Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Tabelle A3.4  
**Haushaltstyp**  
mtl. in Euro

	<b>Brutto</b>	<b>Netto</b>	<b>Netto-Netto</b>	<b>Anteil</b>
Alleinlebend	2 088	1 647	772	46,9%
Alleinerziehend	2 261	1 889	578	30,6%
Paar, kein Kind	3 807	3 047	1 622	53,2%
Paar, 1 Kind	4 506	3 355	1 616	48,2%
Paar, 2 Kinder	4 963	3 732	1 820	48,8%
Paar, 3 und mehr	5 252	4 110	1 958	47,6%
Sonstige	5 139	3 903	1 991	51,0%
<b>Insgesamt</b>	<b>3 471</b>	<b>2 706</b>	<b>1 345</b>	<b>49,7%</b>

Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Tabelle A3.5  
**Soziale Stellung**  
mtl. in Euro

	<b>Brutto</b>	<b>Netto</b>	<b>Netto-Netto</b>	<b>Anteil</b>
Selbständige	4 920	4 065	2 344	57,7%
Beamte	5 060	4 138	2 444	59,1%
Angestellte	4 655	3 224	1 735	53,8%
Arbeiter	3 865	2 801	1 212	43,3%
Arbeitslose	1 496	1 431	340	23,8%
Rentner	2 126	1 961	872	44,5%
Pensionäre	4 292	3 850	2 436	63,3%
Studenten	1 091	1 039	215	20,7%
Sonstige Nichterwerbstätige	1 496	1 431	378	26,4%
<b>Insgesamt</b>	<b>3 471</b>	<b>2 706</b>	<b>1 345</b>	<b>49,7%</b>

Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Tabelle A3.6  
**Einkommensklassen**  
mtl. in Euro

	<b>Brutto</b>	<b>Netto</b>	<b>Netto-Netto</b>	<b>Anteil</b>
<=1000	889	764	-11	-1,4%
>1000 bis <=2000	1 830	1 493	481	32,2%
>2000 bis <=2500	2 809	2 251	906	40,2%
>2500 bis <=3000	3 552	2 757	1 257	45,6%
>3000 bis <=4000	4 597	3 459	1 764	51,0%
>4000 bis <=7000	6 705	5 076	3 175	62,5%
>7000	11 793	9 360	6 941	74,2%
<b>Insgesamt</b>	<b>3 471</b>	<b>2 706</b>	<b>1 345</b>	<b>49,7%</b>

Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Tabelle A3.7  
**Verkehrsausgaben**  
 mtl. in Euro

<b>Bundesland</b>	<b>Verkehrsausgaben</b>	<b>HH-Typ</b>	<b>Verkehrsausgaben</b>
Schleswig-Holstein	320,37	Alleinlebend	145,71
Hamburg	211,12	Alleinerziehend	178,94
Niedersachsen	296,33	Paar, kein Kind	343,07
Bremen	259,85	Paar, 1 Kind	409,69
Nordrhein-Westfalen	293,61	Paar, 2 Kinder	404,69
Hessen	302,36	Paar, 3 und mehr	396,80
Rheinland-Pfalz	285,47	Sonstige	476,76
Baden-Württemberg	332,27	Insgesamt	293,07
Bayern	335,98		
Saarland	304,69		
Berlin	195,62		
Brandenburg	259,97		
Mecklenburg-Vorpommern	243,72		
Sachsen	260,93		
Sachsen-Anhalt	262,93		
Thüringen	261,16		
<b>Insgesamt</b>	<b>293,07</b>		

<b>Soziale Stellung</b>	<b>Verkehrsausgaben</b>	<b>Einkommensklassen</b>	<b>Verkehrsausgaben</b>
Selbstständige	437,19	<=1000	83,53
Beamte	475,21	>1000 bis <=2000	148,81
Angestellte	363,09	>2000 bis <=2500	266,03
Arbeiter	355,87	>2500 bis <=3000	322,84
Arbeitslose	138,42	>3000 bis <=4000	426,98
Rentner	181,75	>4000 bis <=7000	523,43
Pensionäre	331,97	>7000	811,19
Studenten	108,55	Insgesamt	293,07
Sonstige Nichterwerbstätige	127,17		
<b>Insgesamt</b>	<b>293,07</b>		

Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Tabelle A3.8  
**Kinderbetreuungsausgaben**  
 mtl. in Euro; nur Haushalte mit Kindern

Bundesland	Kinder- betreuungs- ausgaben
Schleswig-Holstein	14,74
Hamburg	20,46
Niedersachsen	11,38
Bremen	8,45
Nordrhein-Westfalen	9,72
Hessen	14,38
Rheinland-Pfalz	7,30
Baden-Württemberg	10,31
Bayern	10,72
Saarland	12,76
Berlin	13,40
Brandenburg	12,44
Mecklenburg- Vorpommern	13,42
Sachsen	10,23
Sachsen-Anhalt	13,88
Thüringen	9,92
Insgesamt	11,58

Soziale Stellung	Kinder- betreuungs- ausgaben
Selbständige	14,54
Beamten	14,57
Angestellte	13,64
Arbeiter	10,00
Arbeitslose	7,08
Rentner	1,80
Pensionäre	3,12
Studenten	3,65
Sonstige Nichter- werbstätige	3,81
Insgesamt	11,58

HH-Typ	Kinder- betreuungs- ausgaben
Alleinerziehend	7,36
Paar, 1 Kind	9,07
Paar, 2 Kinder	14,73
Paar, 3 und mehr	14,38
Insgesamt	11,58

Einkommens- klasse	Kinder- betreuungs- ausgaben
<=1000	3,57
>1000 bis <=2000	5,91
>2000 bis <=2500	9,25
>2500 bis <=3000	10,72
>3000 bis <=4000	12,53
>4000 bis <=7000	16,25
>7000	21,63
Insgesamt	11,58

Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Tabelle A3.9  
**Reiseausgaben**  
 mtl. in Euro

Bundesland	Reiseausgaben
Schleswig-Holstein	81,27
Hamburg	88,65
Niedersachsen	77,46
Bremen	84,14
Nordrhein-Westfalen	86,74
Hessen	91,63
Rheinland-Pfalz	67,64
Baden-Württemberg	81,95
Bayern	86,97
Saarland	72,15
Berlin	78,68
Brandenburg	77,07
Mecklenburg-Vorpommern	58,48
Sachsen	107,81
Sachsen-Anhalt	91,47
Thüringen	86,43
Insgesamt	86,02

Soziale Stellung	Reiseausgaben
Selbständige	100,19
Beamten	131,82
Angestellte	90,15
Arbeiter	59,36
Arbeitslose	25,16
Rentner	99,11
Pensionäre	159,87
Studenten	16,34
Sonstige Nichterwerbstätige	31,15
Insgesamt	86,02

HH-Typ	Reiseausgaben
Alleinlebend	50,26
Alleinerziehend	34,05
Paar, kein Kind	133,25
Paar, 1 Kind	76,35
Paar, 2 Kinder	82,76
Paar, 3 und mehr	89,17
Sonstige	100,36
Insgesamt	86,02

Einkommensklasse	Reiseausgaben
<=1000	14,58
>1000 bis <=2000	49,31
>2000 bis <=2500	86,19
>2500 bis <=3000	103,56
>3000 bis <=4000	109,19
>4000 bis <=7000	150,69
> 7000	236,57
Insgesamt	86,02

Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Tabelle A3.10  
**Ausgaben für Versicherungen**  
 mtl. in Euro

Bundesland	Versicherungs- ausgaben, insg.
Schleswig-Holstein	90,68
Hamburg	90,76
Niedersachsen	93,42
Bremen	76,03
Nordrhein-Westfalen	102,22
Hessen	101,40
Rheinland-Pfalz	104,65
Baden-Württemberg	115,40
Bayern	108,13
Saarland	109,16
Berlin	62,36
Brandenburg	91,79
Mecklenburg-Vorpommern	87,25
Sachsen	81,59
Sachsen-Anhalt	84,93
Thüringen	85,99
Insgesamt	98,01

Soziale Stellung	Versicherungs- ausgaben, insg.
Selbständige	158,65
Beamten	129,38
Angestellte	104,97
Arbeiter	114,86
Arbeitslose	58,17
Rentner	78,57
Pensionäre	123,18
Studenten	23,63
Sonstige Nichterwerbs- tätige	48,42
Insgesamt	98,01

HH-Typ	Versicherungs- ausgaben, insg.
Alleinlebend	56,63
Alleinerziehend	60,58
Paar, kein Kind	113,54
Paar, 1 Kind	117,32
Paar, 2 Kinder	126,31
Paar, 3 und mehr	130,84
Sonstige	155,47
Insgesamt	98,01

Einkommensklasse	Versicherungs- ausgaben, insg.
<=1000	64,18
>1000 bis <=2000	98,10
>2000 bis <=2500	113,40
>2500 bis <=3000	125,21
>3000 bis <=4000	94,43
>4000 bis <=7000	79,08
>7000	98,01
Insgesamt	

Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Tabelle A3.11  
**Ausgaben für Kfz-Haftpflicht- und -kaskoversicherungen**  
 mtl. in Euro

Bundesland	Versicherungsausgaben (Kfz)
Schleswig-Holstein	32,67
Hamburg	31,41
Niedersachsen	33,89
Bremen	27,66
NRW	38,12
Hessen	39,00
RP	40,46
BW	42,40
Bayern	42,84
Saarland	41,83
Berlin	20,50
Brandenburg	39,75
Meck-Pomm	39,90
Sachsen	36,21
Sachsen-Anhalt	39,00
Thüringen	35,45
Insgesamt	37,34

Soziale Stellung	Versicherungsausgaben (Kfz)
Selbständige	48,55
Beamten	49,75
Angestellte	42,42
Arbeiter	51,77
Arbeitslose	25,22
Rentner	26,13
Pensionäre	34,07
Studenten	13,97
Sonstige Nichterwerbstätige	15,02
Insgesamt	37,34

HH-Typ	Versicherungs-ausgaben (Kfz)
Alleinlebend	20,32
Alleinerziehend	23,70
Paar, kein Kind	41,87
Paar, 1 Kind	44,66
Paar, 2 Kinder	47,02
Paar, 3 und mehr	46,46
Sonstige	66,91
Insgesamt	37,34

Einkommensklasse	Versicherungs-ausgaben (Kfz)
<=1000	11,48
>1000 bis <=2000	24,64
>2000 bis <=2500	37,95
>2500 bis <=3000	42,88
>3000 bis <=4000	49,79
>4000 bis <=7000	60,22
>7000	68,03
Insgesamt	37,34

Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Tabelle A3.12  
**Ausgaben für die Tilgung von und die Zinsen auf Dispositionskredite und Kontoüberziehungen,  
 Baudarlehen und Hypotheken sowie andere Konsumentenkredite**  
 mtl. in Euro

Bundesland	Tilgung und Zinsen	Soziale Stellung	Tilgung und Zinsen
Schleswig-Holstein	253,12	Selbständige	504,09
Hamburg	189,36	Beamten	436,10
Niedersachsen	229,59	Angestellte	334,64
Bremen	220,57	Arbeiter	304,08
Nordrhein-Westfalen	214,73	Arbeitslose	83,68
Hessen	271,78	Rentner	68,76
Rheinland-Pfalz	257,35	Pensionäre	168,70
Baden-Württemberg	289,62	Studenten	16,23
Bayern	318,95	Sonstige Nichter- werbstätige	62,57
Saarland	226,69	Insgesamt	231,69
Berlin	144,54		
Brandenburg	170,38		
Mecklenburg-Vorpommern	174,04		
Sachsen	129,86		
Sachsen-Anhalt	152,43		
Thüringen	137,40		
Insgesamt	231,69		

HH-Typ	Tilgung und Zinsen	Einkommensklasse	Tilgung und Zinsen
Alleinlebend	97,53	<=1000	21,07
Alleinerziehend	134,10	>1000 bis <=2000	62,57
Paar, kein Kind	207,49	>2000 bis <=2500	128,28
Paar, 1 Kind	382,42	>2500 bis <=3000	239,67
Paar, 2 Kinder	524,16	>3000 bis <=4000	326,39
Paar, 3 und mehr	588,54	>4000 bis <=7000	555,07
Sonstige	367,53	>7000	1210,62
Insgesamt	231,69	Insgesamt	231,69

Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.



Tabelle A3.13  
**Soziale Stellung**  
 mtl. in Euro

	Soziale Stellung											
	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil in %	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil in %	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil in %
<b>Haushaltstypen</b>	<b>Selbständig</b>				<b>Beamte/r</b>				<b>Angestellte/r</b>			
Alleinlebend	3 007	2 508	1 504	60,0	3 251	2 650	1 556	58,7	3 001	1 949	1 003	51,4
Alleinerziehend	3 394	3 009	1 310	43,5	3 559	3 124	1 749	56,0	2 637	2 039	694	34,1
Paar ohne Kinder	5 503	4 554	2 790	61,3	5 616	4 485	2 750	61,3	5 669	3 851	2 295	59,6
Paar, 1 Kind	5 349	4 519	2 509	55,5	5 199	4 349	2 505	57,6	5 387	3 794	2 000	52,7
Paar, 2 Kinder	5 685	4 639	2 607	56,2	5 274	4 439	2 495	56,2	5 938	4 276	2 314	54,1
Paar, 3 Kinder und mehr	6 188	5 172	2 827	54,7	6 431	5 476	3 060	55,9	6 233	4 636	2 406	51,9
Sonstige	6 018	4 869	2 780	57,1	6 657	5 410	3 227	59,6	5 855	4 157	2 201	52,9
<b>Insgesamt</b>	<b>4 920</b>	<b>4 065</b>	<b>2 344</b>	<b>57,7</b>	<b>5 060</b>	<b>4 138</b>	<b>2 444</b>	<b>59,1</b>	<b>4 655</b>	<b>3 224</b>	<b>1 735</b>	<b>53,8</b>
	<b>Arbeiter/in</b>				<b>Arbeitslose</b>				<b>Rentner</b>			
Alleinlebend	2 143	1 453	613	42,2	995	973	181	18,6	1 570	1 452	623	42,9
Alleinerziehend	2 169	1 749	549	31,4	1 370	1 354	188	13,9	1 542	1 474	251	17,0
Paar ohne Kinder	4 061	2 818	1 333	47,3	1 947	1 829	622	34,0	2 594	2 395	1 095	45,7
Paar, 1 Kind	3 892	2 832	1 166	41,2	2 046	1 932	460	23,8	2 756	2 499	919	36,8
Paar, 2 Kinder	4 179	3 102	1 250	40,3	2 417	2 306	523	22,7	2 582	2 380	685	28,8
Paar, 3 Kinder und mehr	4 344	3 373	1 359	40,3	2 740	2 657	647	24,3	-	-	-	-
Sonstige	4 818	3 524	1 624	46,1	2 459	2 276	666	29,3	3 226	2 914	1 272	43,6
<b>Insgesamt</b>	<b>3 865</b>	<b>2 801</b>	<b>1 212</b>	<b>43,3</b>	<b>1 496</b>	<b>1 431</b>	<b>340</b>	<b>23,8</b>	<b>2 126</b>	<b>1 961</b>	<b>872</b>	<b>44,5</b>
	<b>Pensionäre</b>				<b>Studenten</b>				<b>Sonstige Nichterwerbstätige</b>			
Alleinlebend	3 487	3 040	1 975	65,0	963	915	207	22,6	1 260	1 192	405	34,0
Alleinerziehend	-	-	-	-	1 243	1 193	-42	-3,5	1 489	1 464	192	13,1
Paar ohne Kinder	4 521	4 100	2 609	63,6	1 583	1 509	316	20,9	1 931	1 838	449	24,4
Paar, 1 Kind	4 662	4 189	2 405	57,4	1 907	1 791	261	14,6	2 222	2 140	677	31,6
Paar, 2 Kinder	4 465	4 172	2 549	61,1	-	-	-	-	1 616	1 512	-221	-14,6
Paar, 3 Kinder und mehr	-	-	-	-	-	-	-	-	2 681	2 647	503	19,0
Sonstige	5 429	4 803	2 784	58,0	1 462	1 413	102	7,2	2 290	2 170	627	28,9
<b>Insgesamt</b>	<b>4 292</b>	<b>3 850</b>	<b>2 436</b>	<b>63,3</b>	<b>1 091</b>	<b>1 039</b>	<b>215</b>	<b>20,7</b>	<b>1 496</b>	<b>1 431</b>	<b>378</b>	<b>26,4</b>
<b>Bundesland</b>	<b>Selbständig</b>				<b>Beamte/r</b>				<b>Angestellte/r</b>			
Schleswig-Holstein	4 977	3 906	2 032	52,0	5 288	4 302	2 570	59,7	4 340	3 059	1 545	50,5
Hamburg	5 533	4 814	3 237	67,2	4 641	3 780	2 268	60,0	4 927	3 331	1 870	56,1
Niedersachsen	4 944	3 920	1 942	49,5	5 463	4 436	2 652	59,8	4 255	2 959	1 561	52,8
Bremen	4 068	3 294	2 067	57,5	3 497	2 844	1 643	57,8	4 276	2 915	1 519	52,1
NRW	5 073	4 209	2 489	59,1	5 258	4 299	2 568	59,7	4 754	3 257	1 727	53,0
Hessen	4 652	4 096	2 218	54,2	5 337	4 317	2 602	60,3	5 157	3 550	2 029	57,1
RP	5 756	4 525	2 833	62,6	4 902	4 076	2 246	55,1	4 687	3 282	1 819	55,4
BW	5 346	4 288	2 588	60,4	4 987	4 068	2 454	60,3	5 209	3 602	2 083	57,8
Bayern	5 195	4 278	2 439	57,0	5 318	4 417	2 770	62,7	5 026	3 554	2 032	57,2
Saarland	5 052	4 167	2 591	62,2	5 244	4 335	2 579	59,5	4 161	2 929	1 517	51,8
Berlin	-	-	-	-	4 140	3 313	1 490	45,0	5 104	3 461	1 878	54,3
Brandenburg	3 549	3 043	1 685	55,4	5 431	4 302	2 516	58,5	4 203	2 953	1 461	49,5
Mecklenburg-Vorpommern	3 305	2 867	1 441	50,3	4 465	3 559	2 017	56,7	3 785	2 708	1 277	47,1
Sachsen	3 589	3 018	1 461	48,4	4 954	3 924	2 131	54,3	3 763	2 654	1 139	42,9
Sachsen-Anhalt	3 919	3 350	1 733	51,7	4 914	3 989	2 292	57,5	3 931	2 769	1 268	45,8
Thüringen	3 957	3 360	1 537	45,7	5 258	4 225	2 375	56,2	3 772	2 665	1 239	46,5
<b>Insgesamt</b>	<b>4 920</b>	<b>4 065</b>	<b>2 344</b>	<b>57,7</b>	<b>5 060</b>	<b>4 138</b>	<b>2 444</b>	<b>59,1</b>	<b>4 655</b>	<b>3 224</b>	<b>1 735</b>	<b>53,8</b>
	<b>Arbeiter/in</b>				<b>Arbeitslose</b>				<b>Rentner</b>			
Schleswig-Holstein	3 846	2 799	1 001	35,8	1 423	1 360	278	20,4	2 109	1 952	854	43,8
Hamburg	3 431	2 406	1 007	41,9	1 228	1 174	188	16,0	2 018	1 852	704	38,0
Niedersachsen	3 989	2 840	1 249	44,0	1 385	1 355	368	27,2	2 017	1 865	795	42,6
Bremen	3 212	2 357	1 079	45,8	1 149	1 111	204	18,4	2 208	2 051	965	47,1
NRW	3 852	2 756	1 108	40,2	1 531	1 445	340	23,5	2 105	1 937	805	41,6
Hessen	4 168	2 986	1 281	42,9	1 423	1 379	380	27,6	2 185	2 021	928	45,9
RP	4 024	2 887	1 277	44,2	1 384	1 310	254	19,4	2 051	1 900	905	47,6
BW	4 359	3 122	1 423	45,6	1 668	1 578	478	30,3	2 155	1 991	926	46,5
Bayern	4 199	3 066	1 522	49,7	1 732	1 645	609	37,0	2 168	2 013	959	47,7
Saarland	3 807	2 753	1 255	45,6	1 643	1 610	556	34,5	2 050	1 888	806	42,7
Berlin	2 684	1 942	781	40,2	1 289	1 248	286	23,0	1 774	1 637	659	40,3
Brandenburg	3 266	2 418	939	38,8	1 262	1 214	113	9,3	1 925	1 770	642	36,3
Mecklenburg-Vorpommern	3 073	2 313	853	36,9	1 403	1 373	235	17,1	1 847	1 702	660	38,8
Sachsen	3 333	2 510	984	39,2	1 450	1 388	291	21,0	1 928	1 783	761	42,7
Sachsen-Anhalt	3 571	2 652	1 064	40,1	1 253	1 212	208	17,2	1 901	1 747	708	40,5
Thüringen	3 329	2 460	973	39,6	1 309	1 272	140	11,0	1 896	1 746	743	42,5
<b>Insgesamt</b>	<b>3 865</b>	<b>2 801</b>	<b>1 212</b>	<b>43,3</b>	<b>1 496</b>	<b>1 431</b>	<b>340</b>	<b>23,8</b>	<b>2 126</b>	<b>1 961</b>	<b>872</b>	<b>44,5</b>

Fortsetzung Tabelle A3.13

	Soziale Stellung											
	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil in %	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil in %	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil in %
<b>Bundesland</b>	<b>Pensionäre</b>				<b>Studenten</b>				<b>Sonstige Nichterwerbstätige</b>			
Schleswig-Holstein	4 340	3 884	2 361	60,8	1 040	991	199	20,1	1 244	1 188	201	16,9
Hamburg	4 202	3 827	2 207	57,7	1 073	985	197	20,0	1 275	1 210	-217	-17,9
Niedersachsen	3 976	3 581	2 008	56,1	934	899	158	17,6	1 212	1 177	295	25,1
Bremen	3 381	3 161	871	27,5	1 137	1 070	225	21,0	1 267	1 231	416	33,8
NRW	4 287	3 852	2 438	63,3	1 044	990	196	19,8	1 488	1 418	347	24,5
Hessen	4 453	4 020	2 598	64,6	1 149	1 071	306	28,5	1 452	1 396	403	28,9
RP	3 849	3 493	2 244	64,2	865	812	114	14,0	1 269	1 202	289	24,0
BW	4 269	3 808	2 484	65,2	1 054	1 004	117	11,6	1 761	1 674	649	38,8
Bayern	4 372	3 941	2 721	69,0	1 188	1 135	364	32,1	1 463	1 401	295	21,1
Saarland	3 672	3 326	2 003	60,2	-	-	-	-	1 051	1 003	189	18,8
Berlin	6 730	6 007	4 028	67,1	-	-	-	-	-	-	-	-
Brandenburg	-	-	-	-	999	941	67	7,1	-	-	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	-	-	-	-	1 124	1 068	-69	-6,5	1 265	1 254	151	12,1
Sachsen	-	-	-	-	1 180	1 113	210	18,9	1 241	1 216	251	20,6
Sachsen-Anhalt	-	-	-	-	1 114	1 079	143	13,2	1 425	1 286	313	24,3
Thüringen	-	-	-	-	940	921	75	8,2	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>4 292</b>	<b>3 850</b>	<b>2 436</b>	<b>63,3</b>	<b>1 091</b>	<b>1 039</b>	<b>215</b>	<b>20,7</b>	<b>1 496</b>	<b>1 431</b>	<b>378</b>	<b>26,4</b>
<b>Einkommensklasse</b>	<b>Selbständig</b>				<b>Beamte/r</b>				<b>Angestellte/r</b>			
<=1000	1 394	397	-1 005	-252,9	999	945	106	11,2	1 226	795	-55	-6,9
>1000 bis <=2000	1 823	1 530	452	29,5	1 770	1 552	601	38,7	2 299	1 554	525	33,8
>2000 bis <=2500	2 647	2 246	831	37,0	2 700	2 258	1 051	46,5	3 268	2 253	949	42,1
>2500 bis <=3000	3 232	2 752	1 237	45,0	3 365	2 779	1 435	51,6	4 008	2 763	1 271	46,0
>3000 bis <=4000	4 233	3 489	1 731	49,6	4 334	3 540	1 932	54,6	5 062	3 470	1 767	50,9
>4000 bis <=7000	6 354	5 264	3 325	63,2	6 385	5 159	3 159	61,2	7 418	5 148	3 207	62,3
>7000	11 872	9 952	7 274	73,1	10 780	8 909	6 332	71,1	12 624	9 170	6 881	75,0
<b>Insgesamt</b>	<b>4 920</b>	<b>4 065</b>	<b>2 344</b>	<b>57,7</b>	<b>5 060</b>	<b>4 138</b>	<b>2 444</b>	<b>59,1</b>	<b>4 655</b>	<b>3 224</b>	<b>1 735</b>	<b>53,8</b>
	<b>Arbeiter/in</b>				<b>Arbeitslose</b>				<b>Rentner</b>			
<=1000	1 077	808	43	5,4	772	759	-2	-0,3	885	813	59	7,3
>1000 bis <=2000	2 196	1 562	467	29,9	1 406	1 372	228	16,6	1 595	1 470	516	35,1
>2000 bis <=2500	3 062	2 268	725	32,0	2 373	2 236	666	29,8	2 429	2 237	986	44,1
>2500 bis <=3000	3 790	2 770	1 093	39,4	3 020	2 741	1 161	42,4	2 954	2 730	1 357	49,7
>3000 bis <=4000	4 842	3 447	1 597	46,3	3 666	3 382	1 598	47,2	3 675	3 399	1 915	56,3
>4000 bis <=7000	6 514	4 753	2 739	57,6	5 347	4 919	2 848	57,9	5 396	4 966	3 376	68,0
>7000	10 613	8 464	5 201	61,4	12 901	11 445	9 058	79,1	10 227	9 493	7 181	75,6
<b>Insgesamt</b>	<b>3 865</b>	<b>2 801</b>	<b>1 212</b>	<b>43,3</b>	<b>1 496</b>	<b>1 431</b>	<b>340</b>	<b>23,8</b>	<b>2 126</b>	<b>1 961</b>	<b>872</b>	<b>44,5</b>
	<b>Pensionäre</b>				<b>Studenten</b>				<b>Sonstige Nichterwerbstätige</b>			
<=1000	-	-	-	-	747	709	15	2,1	729	698	-49	-7,0
>1000 bis <=2000	1 828	1 646	803	48,8	1 378	1 316	361	27,4	1 469	1 417	283	20,0
>2000 bis <=2500	2 507	2 287	1 071	46,8	2 400	2 241	1 018	45,5	2 340	2 237	912	40,8
>2500 bis <=3000	3 090	2 764	1 519	55,0	2 813	2 719	1 276	46,9	2 911	2 730	1 169	42,8
>3000 bis <=4000	3 883	3 483	1 992	57,2	-	-	-	-	3 694	3 441	1 898	55,1
>4000 bis <=7000	747	709	15	2,1	-	-	-	-	5 690	5 302	3 462	65,3
>7000	1 378	1 316	361	27,4	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>4 292</b>	<b>3 850</b>	<b>2 436</b>	<b>63,3</b>	<b>1 091</b>	<b>1 039</b>	<b>215</b>	<b>20,7</b>	<b>1 496</b>	<b>1 431</b>	<b>378</b>	<b>26,4</b>

Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Tabelle A3.14  
Haushaltstyp  
mtl. in Euro

Bundesland	Haushaltstypen											
	Alleinlebend				Alleinerziehend				Paar, kein Kind			
	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil
Schleswig-Holstein	2053	1639	751	45,8%	2097	1744	440	25,2%	3905	3141	1581	50,4%
Hamburg	2253	1707	733	43,0%	2358	1836	570	31,0%	4592	3571	1979	55,4%
Niedersachsen	1855	1465	637	43,5%	2173	1880	611	32,5%	3680	2968	1531	51,6%
Bremen	1968	1615	755	46,7%	2058	1761	557	31,6%	3780	3043	1564	51,4%
Nordrhein-Westfalen	2064	1618	725	44,8%	2305	1904	602	31,6%	3795	3034	1607	53,0%
Hessen	2250	1720	800	46,5%	2352	1913	516	27,0%	4027	3229	1811	56,1%
Rheinland-Pfalz	2037	1566	684	43,7%	2375	2008	732	36,5%	3466	2866	1633	57,0%
Baden-Württemberg	2272	1767	892	50,5%	2315	1910	665	34,8%	4254	3316	1854	55,9%
Bayern	2195	1745	885	50,7%	2423	2054	677	32,9%	4248	3366	1936	57,5%
Saarland	2030	1619	762	47,0%	1913	1628	435	26,7%	3299	2730	1397	51,2%
Berlin	1634	1367	542	39,7%	2777	2114	471	22,3%	4930	3445	1920	55,7%
Brandenburg	1473	1213	402	33,1%	1827	1549	390	25,2%	2986	2477	1115	45,0%
Mecklenburg-Vorpommern	1456	1222	423	34,7%	1870	1615	410	25,3%	2778	2317	1004	43,3%
Sachsen	1521	1260	468	37,1%	1928	1646	413	25,1%	2993	2512	1167	46,5%
Sachsen-Anhalt	1403	1183	399	33,7%	1690	1456	393	27,0%	2820	2363	1010	42,7%
Thüringen	1516	1244	453	36,4%	1856	1585	197	12,4%	2787	2319	1020	44,0%
Insgesamt	2088	1647	772	46,9%	2261	1889	578	30,6%	3807	3047	1622	53,2%

Bundesland	Haushaltstypen											
	Paar, 1 Kind				Paar, 2 Kinder				Paar, 3 Kinder und mehr			
	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil
Schleswig-Holstein	4503	3335	1452	43,5%	4821	3702	1737	46,9%	4998	3932	1683	42,8%
Hamburg	4894	3589	1757	49,0%	5280	3864	1838	47,6%	5544	4401	2242	50,9%
Niedersachsen	4522	3329	1626	48,8%	4803	3564	1687	47,3%	5495	4234	1951	46,1%
Bremen	3676	2733	1265	46,3%	4511	3493	1691	48,4%	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	4324	3182	1318	41,4%	4953	3733	1780	47,7%	5227	3996	1893	47,4%
Hessen	4910	3664	2037	55,6%	5600	4159	2116	50,9%	5751	4492	2099	46,7%
Rheinland-Pfalz	4655	3503	1826	52,1%	5244	3901	2084	53,4%	5903	4553	2318	50,9%
Baden-Württemberg	5048	3722	1977	53,1%	5249	3900	1978	50,7%	5289	4084	1917	46,9%
Bayern	4756	3586	1951	54,4%	5073	3856	2022	52,4%	5325	4211	2132	50,6%
Saarland	5142	3865	2124	55,0%	4410	3396	1487	43,8%	5329	4201	2156	51,3%
Berlin	3560	2925	986	33,7%	5696	4811	2758	57,3%	-	-	-	-
Brandenburg	4173	3086	1580	51,2%	4720	3529	1550	43,9%	3683	2917	829	28,4%
Mecklenburg-Vorpommern	3775	2903	1278	44,0%	4002	3051	1005	32,9%	4080	3382	1197	35,4%
Sachsen	3873	2882	1189	41,2%	4089	3133	1237	39,5%	3850	3234	1096	33,9%
Sachsen-Anhalt	4204	3137	1201	38,3%	4261	3238	1443	44,6%	4531	3686	999	27,1%
Thüringen	4046	3033	1418	46,7%	4212	3199	1419	44,3%	4410	3600	1273	35,4%
Insgesamt	4506	3355	1616	48,2%	4963	3732	1820	48,8%	5252	4110	1958	47,6%

Einkommensklasse	Haushaltstypen											
	Alleinlebend				Alleinerziehend				Paar, kein Kind			
	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil
<=1000	860	766	43	5,6%	960	876	-314	-35,9%	962	788	-266	-33,7%
>1000 bis <=2000	1831	1440	589	40,9%	1703	1484	258	17,4%	1797	1579	399	25,3%
>2000 bis <=2500	2963	2227	1208	54,2%	2803	2217	819	36,9%	2644	2255	931	41,3%
>3000 bis <=4000	3650	2755	1706	61,9%	3455	2738	1168	42,6%	3400	2748	1343	48,9%
>4000 bis <=7000	4626	3445	2263	65,7%	4316	3416	1848	54,1%	4485	3451	1881	54,5%
>7000	6328	4984	3677	73,8%	6099	4981	3395	68,2%	6661	5084	3412	67,1%
Insgesamt	11839	10150	8804	86,7%	-	-	-	-	11532	9170	7013	76,5%

Fortsetzung – Tabelle A3.14

Einkommens- klasse	Haushaltstypen											
	Paar, 1 Kind				Paar, 2 Kinder				Paar, 3 Kinder und mehr			
	Brutto	Netto	Netto- Netto	Anteil	Brutto	Netto	Netto- Netto	Anteil	Brutto	Net- to	Netto- Netto	Anteil
<=1000	1554	397	-3224	-812,3%	3444	-829	-2561	308,8%	-	-	-	-
>1000 bis <=2000	2039	1637	136	8,3%	2174	1738	117	6,7%	2285	1759	-273	-15,5%
>2000 bis <=2500	2965	2262	694	30,7%	2953	2288	562	24,5%	2814	2289	289	12,6%
>3000 bis <=4000	3748	2762	1071	38,8%	3696	2769	1015	36,7%	3514	2781	795	28,6%
>4000 bis <=7000	4773	3457	1738	50,3%	4675	3465	1559	45,0%	4550	3454	1396	40,4%
>7000	6772	4990	3044	61,0%	6637	5021	2968	59,1%	6487	5078	2831	55,8%
Insgesamt	11360	8992	6676	74,2%	12044	9257	6544	70,7%	11812	9600	6786	70,7%

Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Tabelle A3.15  
Einkommensklassen  
mtl. in Euro

Bundesland	Einkommensklassen											
	<=1000				>1000 bis <=2000				>2000 bis <=2500			
	Brutto	Netto	Netto- Netto	Anteil	Brutto	Netto	Netto- Netto	Anteil	Brutto	Netto	Netto- Netto	Anteil
Schleswig- Holstein	888	735	-32	-4,4%	1859	1494	455	30,5%	2792	2249	833	37,0%
Hamburg	874	789	2	0,3%	1845	1470	401	27,3%	2946	2237	891	39,8%
Niedersachsen	869	733	-1	-0,1%	1848	1493	510	34,2%	2826	2252	972	43,1%
Bremen	840	764	47	6,1%	1834	1519	523	34,4%	2922	2233	552	24,7%
Nordrhein- Westfalen	869	760	-69	-9,1%	1856	1498	456	30,4%	2839	2258	880	39,0%
Hessen	869	766	33	4,3%	1896	1534	485	31,6%	2866	2258	917	40,6%
Rheinland-Pfalz	857	768	55	7,2%	1879	1501	498	33,2%	2835	2243	998	44,5%
Baden- Württemberg	923	766	-8	-1,1%	1874	1508	527	34,9%	2885	2261	945	41,8%
Bayern	901	737	-25	-3,3%	1840	1499	522	34,9%	2799	2247	935	41,6%
Saarland	890	786	139	17,7%	1796	1499	491	32,7%	2776	2238	952	42,5%
Berlin	878	787	-13	-1,7%	1811	1427	454	31,8%	2637	2258	1053	46,6%
Brandenburg	883	788	47	5,9%	1765	1489	441	29,6%	2776	2247	700	31,2%
Mecklenburg- Vorpommern	882	791	16	2,0%	1723	1455	414	28,5%	2760	2241	855	38,2%
Sachsen	866	789	36	4,6%	1765	1489	478	32,1%	2687	2251	894	39,7%
Sachsen-Anhalt	849	778	33	4,2%	1714	1451	438	30,1%	2735	2243	878	39,1%
Thüringen	886	793	-38	-4,8%	1767	1476	459	31,1%	2704	2246	948	42,2%
Insgesamt	889	764	-11	-1,4%	1830	1493	481	32,2%	2809	2251	906	40,2%

Fortsetzung – Tabelle A3.15

Bundesland	Einkommensklassen											
	>2500 bis <=3000				>3000 bis <=4000				>4000 bis <=7000			
	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil
Schleswig-Holstein	3476	2743	1243	45,3%	4527	3454	1682	48,7%	6448	4991	3028	60,7%
Hamburg	3584	2744	1247	45,5%	4763	3484	1861	53,4%	6983	5105	3352	65,6%
Niedersachsen	3565	2754	1266	46,0%	4497	3439	1665	48,4%	6619	5044	3055	60,6%
Bremen	3380	2720	1271	46,7%	4605	3463	1917	55,3%	6614	4900	3026	61,8%
Nordrhein-Westfalen	3568	2765	1226	44,4%	4642	3470	1735	50,0%	6735	5082	3187	62,7%
Hessen	3598	2752	1245	45,2%	4637	3470	1850	53,3%	6789	5102	3195	62,6%
Rheinland-Pfalz	3627	2778	1355	48,8%	4649	3502	1900	54,3%	6779	5163	3171	61,4%
Baden-Württemberg	3637	2769	1316	47,5%	4695	3469	1760	50,7%	6877	5113	3237	63,3%
Bayern	3535	2763	1342	48,6%	4564	3466	1854	53,5%	6711	5131	3285	64,0%
Saarland	3494	2754	1348	49,0%	4554	3479	1780	51,2%	6531	5083	3233	63,6%
Berlin	3748	2776	1453	52,3%	4966	3452	1869	54,1%	6407	5028	2894	57,6%
Brandenburg	3516	2736	1165	42,6%	4582	3411	1644	48,2%	6751	5057	3128	61,9%
Mecklenburg-Vorpommern	3428	2750	1191	43,3%	4431	3417	1711	50,1%	6781	5022	2988	59,5%
Sachsen	3427	2744	1216	44,3%	4519	3421	1551	45,3%	6625	4986	2884	57,8%
Sachsen-Anhalt	3445	2736	1072	39,2%	4550	3441	1595	46,4%	6645	4920	3101	63,0%
Thüringen	3475	2738	1199	43,8%	4541	3390	1587	46,8%	6572	4887	2893	59,2%
Insgesamt	3552	2757	1257	45,6%	4597	3459	1764	51,0%	6705	5076	3175	62,5%

Bundesland	Einkommensklasse			
	>7000			
	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil
Schleswig-Holstein	11625	9135	6073	66,5%
Hamburg	13029	10061	7410	73,7%
Niedersachsen	11414	9252	6587	71,2%
Bremen	11996	10686	9204	86,1%
Nordrhein-Westfalen	11903	9349	6990	74,8%
Hessen	12166	9581	7070	73,8%
Rheinland-Pfalz	11872	9642	7367	76,4%
Baden-Württemberg	11866	9382	6942	74,0%
Bayern	11788	9440	7102	75,2%
Saarland	11085	9095	6674	73,4%
Berlin	11677	9295	7431	79,9%
Brandenburg	11098	8719	6504	74,6%
Mecklenburg-Vorpommern	9405	7684	4780	62,2%
Sachsen	10705	8523	5548	65,1%
Sachsen-Anhalt	10218	8099	5537	68,4%
Thüringen	10548	8312	5664	68,1%
Insgesamt	11793	9360	6941	74,2%

Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.

Tabelle A3.16  
**Motorisierung**  
 mtl. in Euro

	Motorisierung											
	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil in %	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil in %	Brutto	Netto	Netto-Netto	Anteil in %
<b>Soziale Stellung</b>	<b>nicht motorisiert</b>				<b>PKW vorhanden</b>				<b>nur Krad vorhanden</b>			
Selbständige	2 910	2 551	1 365	53,5	5 081	4 188	2 421	57,8	6 021	4 631	3 154	68,1
Beamten	3 049	2 561	1 495	58,4	5 231	4 271	2 524	59,1	-	-	-	-
Angestellte	2 865	1 947	939	48,2	4 905	3 403	1 847	54,3	3 221	2 154	1 006	46,7
Arbeiter	2 130	1 545	565	36,6	3 995	2 895	1 260	43,5	2 507	1 837	784	42,7
Arbeitslose	1 027	1 005	115	11,5	1 799	1 706	488	28,6	1 085	1 047	76	7,2
Rentner	1 523	1 407	578	41,1	2 446	2 254	1 028	45,6	1 614	1 499	606	40,4
Pensionäre	3 445	3 091	2 053	66,4	4 423	3 966	2 494	62,9	-	-	-	-
Studenten	962	917	177	19,3	1 239	1 177	260	22,1	1 065	1 015	168	16,6
Sonstige Nichterwerbstätige	1 200	1 158	222	19,2	1 902	1 804	591	32,7	836	824	72	8,8
<b>Insgesamt</b>	<b>1 781</b>	<b>1 506</b>	<b>615</b>	<b>40,8</b>	<b>3 917</b>	<b>3 024</b>	<b>1 539</b>	<b>50,9</b>	<b>2 217</b>	<b>1 743</b>	<b>734</b>	<b>42,1</b>
<b>Haushaltstyp</b>												
Alleinlebend	1 539	1 295	532	41,1	2 489	1 905	950	49,9	1 794	1 394	566	40,6
Alleinerziehend	1 738	1 533	351	22,9	2 466	2 028	667	32,9	1 888	1 653	458	27,7
Paar, kein Kind	2 573	2 227	1 058	47,5	3 935	3 133	1 681	53,7	2 881	2 292	1 089	47,5
Paar, 1 Kind	3 126	2 448	946	38,6	4 586	3 408	1 656	48,6	2 777	2 204	433	19,7
Paar, 2 Kinder	4 033	3 426	1 648	48,1	4 977	3 736	1 822	48,8	7 999	5 384	3 037	56,4
Paar, 3 und mehr	4 110	3 259	1 153	35,4	5 279	4 129	1 976	47,8	-	-	-	-
Sonstige	2 528	2 099	670	31,9	5 356	4 053	2 100	51,8	2 495	2 071	807	39,0
<b>Insgesamt</b>	<b>1 781</b>	<b>1 506</b>	<b>615</b>	<b>40,8</b>	<b>3 917</b>	<b>3 024</b>	<b>1 539</b>	<b>50,9</b>	<b>2 217</b>	<b>1 743</b>	<b>734</b>	<b>42,1</b>
<b>Bundesland</b>												
Schleswig-Holstein	1 722	1 469	557	37,9	3 938	3 060	1 500	49,0	1 639	1 341	408	30,4
Hamburg	2 027	1 637	607	37,1	4 430	3 317	1 801	54,3	1 980	1 589	393	24,7
Niedersachsen	1 649	1 397	549	39,3	3 808	2 948	1 456	49,4	1 756	1 313	484	36,9
Bremen	1 799	1 522	635	41,7	3 755	2 911	1 435	49,3	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	1 736	1 459	537	36,8	3 988	3 058	1 536	50,2	2 310	1 834	806	44,0
Hessen	1 895	1 532	652	42,5	4 204	3 233	1 719	53,2	1 801	1 341	444	33,1
Rheinland-Pfalz	1 447	1 263	508	40,2	3 900	3 014	1 589	52,7	2 197	1 597	716	44,8
Baden-Württemberg	1 779	1 488	667	44,8	4 268	3 241	1 740	53,7	2 383	1 808	822	45,5
Bayern	1 805	1 527	671	44,0	4 263	3 307	1 825	55,2	2 524	2 014	924	45,9
Saarland	1 386	1 247	447	35,8	3 468	2 741	1 377	50,2	-	-	-	-
Berlin	2 146	1 804	836	46,3	3 822	2 881	1 422	49,4	-	-	-	-
Brandenburg	1 351	1 193	393	32,9	3 301	2 572	1 121	43,6	-	-	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	1 391	1 215	371	30,5	3 152	2 492	1 064	42,7	-	-	-	-
Sachsen	1 471	1 306	482	36,9	3 136	2 484	1 040	41,9	1 686	1 536	678	44,1
Sachsen-Anhalt	1 415	1 255	423	33,7	3 230	2 532	1 089	43,0	-	-	-	-
Thüringen	1 493	1 323	501	37,9	3 195	2 495	1 065	42,7	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>1 781</b>	<b>1 506</b>	<b>615</b>	<b>40,8</b>	<b>3 917</b>	<b>3 024</b>	<b>1 539</b>	<b>50,9</b>	<b>2 217</b>	<b>1 743</b>	<b>734</b>	<b>42,1</b>
<b>Einkommensklasse</b>												
<=1000	841	769	59	7,7	974	760	-119	-15,6	775	698	-89	-12,8
<1000 bis <=2000	1 647	1 406	525	37,3	1 920	1 536	461	30,0	1 742	1 412	446	31,6
>2000 bis <=2500	2 671	2 215	1 072	48,4	2 826	2 256	882	39,1	2 951	2 250	1 151	51,2
>2500 bis <=3000	3 392	2 740	1 539	56,2	3 564	2 758	1 234	44,7	3 627	2 743	1 606	58,6
>3000 bis <=4000	4 298	3 405	2 191	64,3	4 612	3 462	1 742	50,3	4 421	3 400	2 071	60,9
>4000 bis <=7000	6 287	5 010	3 517	70,2	6 719	5 078	3 161	62,3	7 179	5 281	3 487	66,0
>7000	11 352	9 353	7 571	80,9	11 788	9 356	6 925	74,0	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>1 781</b>	<b>1 506</b>	<b>615</b>	<b>40,8</b>	<b>3 917</b>	<b>3 024</b>	<b>1 539</b>	<b>50,9</b>	<b>2 217</b>	<b>1 743</b>	<b>734</b>	<b>42,1</b>

Berechnungen des RWI auf Basis der EVS 2003 – fortgeschrieben bis 2009.